

FÜRS STADT

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Fürs Stadt“ erscheint wöchentlich 6 mal und in durch die Haupt-Expedition: Münzstrasse 4/6, durch die Buchhandlungen der „Fürs Stadt“, Neues Grampenstrasse 4/5 und Neue Grampenstrasse 11, durch die Zweigstelle, Börsengeschäftshäuser, Reichsbank, Münzstrasse 140, sowie durch alle Ausdrucker zu bezahlen. — Bezugspreis im voran zu entrichten wöchentlich 0,10 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,66 Goldmark.

Organ für die werktätige BevölkerungVerlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postliches Konto: Postliches-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: je 100 Meter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereine, Veranstellungen und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die Mittelparteien gegeneinander?

Ein sozialdemokratischer Verbesserungsentwurf zum Fürstenkompromiss angenommen.

Entscheidung über die anderen heute.

Der Reichsausschuss des Reichstages setzte am Donnerstag die Beratung des Fürstenabfindungsgeheges bei § 8 der Regierungsvorlage fort. Mit 18 gegen 9 Stimmen bei Stimmenthaltung der Kommunisten wurde ein sozialdemokratischer Abänderungsantrag angenommen, wodurch § 8 folgende einfache Fassung erhielt: Zivilisten, Kronstädtkommunisten, Kronstädtkontinenten und ähnliche Renten fallen entschädigungslos fort.

Vor der Abstimmung stand eine längere Aussprache über den sozialdemokratischen Antrag statt. Abg. Landsberg (Soz.) wies in der Begründung darauf hin, daß diese Renten eine Repräsentationszulage gewesen seien, die mit der staatsrechtlichen Stellung der Fürsten zusammenhing. Sie müßten in der Republik in Hinsicht kommen. Allein bei den Hohenzollern handle es sich um einen Wert von etwa 8 Millionen Mark, den es dem Volke zu sichern gilt. Abg. Pleger (B. Vp.) befämpfte den sozialdemokratischen Antrag als entschädigungslose Enteignung von Privatrechten. — Abg. Barth (Dnat.) bezeichnete den sozialdemokratischen Antrag als den ersten Fall des Eintrittes in das Privateigentum. — Ein Vertreter des Preußischen Finanzministeriums erklärte, daß dieses niemais den privaten Eigentum Charakter der Kronstädtkommunisten anerkannt habe. Schon lange vor der Revolution habe der preußische Justizminister Beseler in einem Gutachten den Standpunkt vertreten, daß diese Rente eine öffentlich-rechtliche sei, mit die eine Enteignung nicht möglich sei. — Abg. Dr. Wunderlich (D. W.) bezeichnete eine rein formalrechtliche Lösung nicht für möglich, sondern war für die Notwendigkeit einer politischen Ausbalancierung. Es halte ihm Vertreter der Deutschen Volkspartei zwar schwer, der sozialdemokratischen Forderung zuzustimmen, aber weiß sie das Zustandekommen des Gesetzes für dringend notwendig halten, seien sie bereit, ein Opfer zu bringen, vorbehaltlich der Zustimmung der Fraktion. Für das Zentrum erklärte Abg. Schulte ebenfalls die Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Antrag. Das Zentrum habe entsprechend dem Gutachten des früheren Justizministers Beseler schon immer den Standpunkt eingenommen, daß diese Renten entschädigungslos fortfallen müßten. — Abg. v. Lindelius-Wilsau (Dnat.) warf unter starker Unruhe des Ausschlusses vom Vertreter des Preußischen Finanzministeriums mangelnde Objektivität vor und machte ihm einen Vorwurfdarreus, daß er als republikanischer Regierungsvertreter das Gutachten eines königlichen Justizministers höher stelle, als das des jüngsten Ministers. Am Ende hofft, dessen Gutachten zu dem entgegengesetzten Urteil gekommen sei. Der Vertreter des Preußischen Finanzministeriums verwahrt sich gegen diese Unterstellung; er hat das Gutachten von Am Zehnhofer zurückzunehmen, habe kein Urteil vorgelegt, weil dieses Gutachten nicht als richtig anerkannt wurde, sondern das Gutachten des früheren Ministers Beseler ausschlaggebend war. Abg. v. Richthofen-Hannover (Dem.) sprach sich gleichfalls für den sozialdemokratischen Antrag aus.

Vor der Abstimmung unterschrifft Abg. Rosenfeld (Soz.) noch einmal, daß durch Annahme des sozialdemokratischen Antrages die Enteignung von Privatentgut ausgeschlossen werde, was aber auch durch die Regierungsvorlage geschiehe, die ja gerade deshalb von der Regierung als verfassungsändernd bestimmt worden ist. Gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen Völkische, Deutschnationale, Bayrische Volkspartei und Wirtschaftliche Vereinigung. Die Kommunisten enthielten sich der Stimme, obwohl der sozialdemokratische Antrag völlig übereinstimmte mit dem Gesamtentwurf des Volksentscheids und die entschädigungslose Enteignung vorstieß.

Die §§ 9 bis 11 der Vorlage behandeln die Streitmasse, die, wie Schlösser, Theater, Museen, Bibliotheken, Parkeanlagen usw. aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit vorweg ohne Entschädigung dem Lande aufstehen. Abg. Everling (Dnat.) beantragte Streichung dieser Paragraphen, weil er in ihnen eine entschädigungslose Enteignung erachtet, wodurch alles der allgemeinen Begehrlichkeit preisgegeben werde. Er trat für eine angemessene Entschädigung ein. Abg. Rosenfeld (Soz.) wies darauf hin, daß es nur hier lediglich um Enteignungen zum Wohl der Allgemeinheit handle, wobei nicht von Begehrlichkeit beim Volk, sondern nur bei den Fürsten die Rede sein könnte. Er empfahl die Ausdehnung der entschädigungslosen Übernahme bei weiteren Gegenständen. — Dem Abg. Everling erklärte Staatssekretär Joel vom Reichsjustizministerium, daß die Reichsregierung die entschädigungslose Enteignung von Schlössern, Theatern usw. als verfassungsmäßig zu lassen befürchte, da sie aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit vom Lande in Anspruch genommen werden. Wenn die Hohenzollern die Kunstsägenstände innerhalb dem Staate zur dauernden Nutzung überlassen, sei eine Enteignung nicht mehr erforderlich.

Die von den Deutschnationalen beantragte Streichung wurde abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag, bei Stimmenthaltung der Kommunisten. Der § 9 der Regierungsvorlage wurde dann mit den Stimmen der Deutschnationalen gegen die Kommunisten, bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen angenommen. — Die Beratung endete.

Die sozialdemokratischen Vertreter im Reichsausschuss des Reichstages werden in der heute beginnenden zweiten Sitzung des Fürstenabfindungsgeheges die bisher abgelehnten

Verbesserungsanträge nochmals besprechen. Am Nachmittag soll sich dann die Fraktion wieder mit der Fürstenabfindung beschäftigen, nachdem vorher die Verhandlungen zwischen den Fraktionen stattgefunden haben.

Die bürgerliche Presse betrachtet die Entwicklung heute wieder pessimistischer als gestern und die „Germania“ wirkt auch heute für den Fall, daß die Verhandlungen scheitern, mit der Auflösung des Reichstages. Uns wäre das nur recht, aber alle bürgerlichen Parteien schreien leidet Endes doch davor zurück.

Die „Tägliche Rundschau“ sagt: „Die Sozialdemokraten verlangen, daß es gestaltet sein soll, einen abgeschlossenen Vergleich auch schon durch einseitigen Antrag der Länder anzusehen. Durch diese Forderung werden die Verhandlungen sehr stark kompliziert. Während die Demokraten und des Zentrums unabhängig ist, gilt es als ausgeschlossen, daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei dieser Forderung zustimmen. Durchaus ablehnend verhält sich auch die Bayerische Volkspartei, deren Vertreter im Ausschuß auch gestern schon gegen den Antrag auf entschädigungslose Wohlung der Zivilisten und Kronrenten gestimmt haben. Unter diesen Umständen erscheint eine Verständigung mit den Sozialdemokraten als ausgeschlossen, wenn die sozialdemokratischen Forderungen aufrechterhalten werden (wie das bereits feststeht. Red.). Die Lage hat also an ihrer Bedeutlichkeit nichts verloren.“

Die anderen sozialdemokratischen Anträge beziehen sich im wesentlichen auf die Erweiterung des Sondergerichts, die Erweiterung der Riktarthungen und die inzwischen angenommene Forderung auf entschädigungslosen Fortfall der Kronrenten und Zivilisten.

Der Reichsrat beschloß am Donnerstag eine Verlängerung des Sperrgesetzes über die Auslegung von Verfahren in den Fürstenabfindungsprozessen bis zum Ende des Jahres 1926. Angeblich wurde im Reichsrat dieser Beschluss damit begründet, daß das Schicksal des Regierungsentwurfs zur Fürstenabfindung vorläufig noch nicht abzusehen sei.

Die Abmilderung des Aufwertungsbegehrens von der SPD. verhindert.

Der Reichstag hat am Donnerstag in seiner Mehrheit beschlossen, als ersten Punkt der heutigen Tagesordnung das von der Regierung Luther eingeführte Gesetz zum Volksentscheid zu behandeln. Es handelt sich im wesentlichen um einen Entwurf, dessen Ziel war, schon das Volksbegehren der Später und Gläubiger unmöglich zu machen. Die Regierung hat nun am Donnerstag abend ihren Entwurf zurückgezogen, nachdem die Sozialdemokratie keinen Zweck darüber gelassen hatte, daß sie dem Gesetzentwurf keineswegs zustimmen wird und für die verfassungsmäßige Durchführung der staatsbürglerlichen Rechte auch in dem Falle der Später und Gläubiger entschieden einzutreten würde.

Möglich läßt die Reichsregierung zu ihrem Schritt erklären, daß ihre sachliche Einstellung zu dem Problem der Aufwertung die gleiche ist, wie die der vorigen Regierung. Sie hält es für wirtschaftlich verhängnisvoll, das Aufwertungsproblem nochmals aufzutollen.

Wilhelm II. als „geschädigter Grenzlanddeutscher“.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Entschädigungsausschusses des Reichstages haben an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet:

In der Presse ist mitgeteilt worden, daß Wilhelm II. unter Berufung auf den Friedensvertrag von Versailles beim Reichsentschädigungsamt folgende Schäden anmeldet:

1. Das Inventar des Schlosses in Posen mit einem angeblichen Friedenswert von 544 160 Mark,
2. die zum Haushaltseinkommen im Bezirk Bromberg, Posen und Marienwerder liegenden Güter,
3. die zum Familienfideikommiss im Bezirk Posen und Bromberg liegenden Güter,
4. die Villa Falconieri bei Frascati,
5. die Villa Hildebrandt in Lucca mit einem angeblichen Friedenswert von 360 000 Mark,
6. das Schloss auf Korfu mit einem angeblichen Friedenswert von 2,5 Millionen Mark,
7. Schloss und Inventar Lippe in Bothen mit einem angeblichen Friedenswert von rund 1 338 000 Mark,
8. das Inventar der Hohenzöllnburg mit einem angeblichen Friedenswert von rund 205 000 Mark.

Wir fragen:

1. Sind diese Anträge angemeldet und anerkannt worden?
2. In welchem Umfang ist das Reichsbeispiel Wilhelm II. erfüllt worden, während von den 319 000 Beleidigten noch eine große Zahl auf die Erfüllung von Anträgen wartet, die man ihnen seit Jahren gemacht hat?

3. Haben die Voraussetzungen, die bei allen sonstigen Gebehrden für eine dringliche Erfüllung verlangt werden — Krankheit, Gedächtnis-, unschuldige Erwerbslosigkeit, drohende Brandung usw. — hier vorgelegen?

Die Gefahren der neuen Zollerhöhung.

Keine Hilfe für die kleinen Landwirte. — Weitere Nahrungsverkürzung für den Arbeiter. — Vermehrte Arbeitslosigkeit in der Industrie.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Schon die letzte Zollvorlage der Reichsregierung ist gegen die Warnung nicht nur von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, sondern auch von bürgerlichen Nationalökonomen angenommen worden, die nicht einmal prinzipiell Freihändler sind. Diese Warnungen haben sich auch als berechtigt herausgestellt. Dem noideindenden Teil der Landwirte ist durch die Zollerhöhungen nicht geholfen worden, in der Industrie aber wurde die Krise und die Arbeitslosigkeit dadurch gewaltig vermehrt. Trotzdem will die Reichsregierung auf diesem Weg forschreiten und neue Erhöhungen der Lebensmittelzölle einführen.

Als das Zollgesetz vom 17. August 1925 in Kraft trat, kostete Roggen an der Berliner Börse 180 Mark, heute kostet der Roggen 192,50 Mark pro Tonne. Damals kostete Weizen 246 Mark, heute kostet er rund 300 Mark pro Tonne. Die damals von uns angekündigte Besteuerung der Lebenshaltung ist eingetreten. Während im April vorigen Jahres die wöchentlichen Ernährungskosten einer fünfköpfigen Familie sich auf 21,74 Mark beliefen, betrugen sie 1926 23,81 Mark. Auf das Jahr umgerechnet, liegt hier also eine Steigerung von über 100 Mark bereits vor. Die jetzt von der Reichsregierung vorgeschlagenen erhöhten Zölle würden mindestens weitere 5,0 Mark zum Jährling erbringen. Auch diesmal wiederum werden die Zölle mit der Notlage der Landwirtschaft begründet. Dabei steht zweifellos fest, daß der Gesamtlös der Landwirtschaft aus der Ernte des Jahres 1925 im Vergleich mit der Ernte des Jahres 1924 um rund 8 Prozent größer war. Auch die Entwicklung der Lage der Landwirtschaft in den letzten Monaten hat deutlich gezeigt, wo die wirklichen Ursachen der Not in der deutschen Landwirtschaft liegen. Sie sind nicht zu suchen in niedrigen Preisen für die Agrarprodukte, sondern diese Ursachen liegen in der verfehlten Kreditpolitik, an der Reich und Länder sowie die Vertretungsförderstaaten der Landwirtschaft selbst schuldig sind. (In Bauernkreisen wächst die Einsicht in diese Zusammenhänge besonders rasch, seitdem neue Erhöhungen der Zuttermittelzölle die Großgrundbesitzer jetzt wieder auch auf Kosten der kleineren Landwirte selber begünstigen sollen. Red.) Neuerdings haben Reichsbank, Reichs- und Länderregierungen die Kredite an die Landwirtschaft demgemäß stark erweitert.

Angesichts der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftskrise aber stellen weitere Preissteigerungen für Lebensmittel geradezu eine Gefahr für die Wiederholung der deutschen Industrie dar. Rund 40 Millionen Menschen, d. h. zwei Drittel des deutschen Volkes, leben von der Arbeit in Handel, Industrie und Verkehr. Erhöht man ihren Ausgabenbedarf für Nahrungsmittel nur um eine Mark pro Woche und Kopf, so hat man ihre Kaufkraft für Industriewaren um über zwei Milliarden Mark jährlich geschmälert. Das würde bedeuten, daß rund eine Million Arbeitnehmer in Industrie, Handel und Verkehr im Jahre weniger beschäftigt werden könnten, als ohne diese Besteuerung möglich wäre. Dennoch plant die Reichsregierung eine Besteuerung der Lebenshaltung; sie spricht von Preisabbau und betreibt Zollerhöhungen. Während das Arbeitslosenproblem immer ernster und drohender wird, geht man daran, durch eine unnötige Zollpolitik die Zahl der Arbeitslosen noch weiter zu steigern.

Diese Politik wird sich bitter rächen und ihr muß rechtzeitig Widerstand geleistet werden. Die Spitzenverbände sämtlicher Gewerkschaften einschließlich der rechtsstehenden „nationalen“ und christlichen Verbände haben die vorläufige Verkürzung der geltenden Zollsätze für Lebensmittel gefordert, haben sich angefeindet der deutschen Wirtschaftskrise gegen eine weitere Besteuerung der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes gewandt. Zugleich hält die Reichsregierung aufserordentlich an ihren Plänen fest. Hunderttausende von Arbeitern sollen arbeitslos gemacht werden und ein Sechstel der geringen Erwerbswlanunterstützung sollen sie als Zollabfuhr an die deutschen Lebensmittelproduzenten bezahlt. Das ist eine ungerechte Steuer zum Nutzen privater Interessen und eine Steuer, die angesichts der allgemeinen Lage keine Befriedigung findet. Nur diejenigen, die erobertlos sind, bedeuten die Hauptlast

Die Politik wird sich bitter rächen und ihr muß rechtzeitig Widerstand geleistet werden. Die Spitzenverbände sämtlicher Gewerkschaften einschließlich der rechtsstehenden „nationalen“ und christlichen Verbände haben die vorläufige Verkürzung der geltenden Zollsätze für Lebensmittel gefordert, haben sich angefeindet der deutschen Wirtschaftskrise gegen eine weitere Besteuerung der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes gewandt. Zugleich hält die Reichsregierung aufserordentlich an ihren Plänen fest. Hunderttausende von Arbeitern sollen arbeitslos gemacht werden und ein Sechstel der geringen Erwerbswlanunterstützung sollen sie als Zollabfuhr an die deutschen Lebensmittelproduzenten bezahlt. Das ist eine ungerechte Steuer zum Nutzen privater Interessen und eine Steuer, die angesichts der allgemeinen Lage keine Befriedigung findet. Nur diejenigen, die erobertlos sind, bedeuten die Hauptlast

Änderung des Schupogesetzes beschlossen.

Berdiente Abschrift des Polizeichefs für Herrn Mezenthin-Breslau. — Mehr Geld für Gewerbeaufsicht und Bildungszwecke.

Im Landtag begann gestern die Einzelberatung des Polizeigesetzes.

Abg. Borsig (Dnat.) griff den Berliner Polizeipräsidenten Dr. Friedensburg schärfer an, weil er bei den Haussuchungen bei Industrieführern selbständig vorgegangen sei. Als eine Herausforderung rechtsgerichteter Kreise müsse es aufgezeigt werden, wenn jetzt in Köln abermals Haussuchungen bei Industrieführern vorgenommen werden. — Die Linke kritisierte diese Erklärung mit ironischen Zutaten.

Abg. Mezenthin (D. Wpt.) wiederholte die Anfrage, ob bei den Haussuchungen nicht erhebliche Verstöße vorgekommen seien.

Ministerialdirektor Abegg erwiderte ihm die gebührende Antwort. Er habe nicht vermutet, daß der Vertreter der Volkspartei eine Antwort wünsche, da er, ehe er eine Auskunft erhielt, bereits die Regierung verurteilte und die im Hauptausschuß erstellte Auskunft als lächerlich bezeichnete. „Ich habe“ so erklärte Ministerialdirektor Abegg, „keine Veranlassung, auf diese nochmals gestellte Frage zu antworten, da ich verpflichtet bin, die Würde der Staatsregierung zu wahren.“

Abg. Dr. Leibig (D. Wpt.) sprang seinem Fraktionkollegen Mezenthin zur Hilfe und bezeichnete unter großer Unruhe in den Räumen und in der Mitte Ministerialdirektor Abegg als nicht berufen, die Würde des Staates zu wahren. (1)

Das Haus stimmt dann in dem Maße ab, daß in zweiter Lesung nach den Beschlüssen des Hauptausschusses zu. Das Staatsministerium wurde erlaubt, zu prüfen, ob im nächsten Jahre eine erhebliche Vermehrung der Stellen für Kriminalkommissare vorgenommen werden kann.

Der sozialdemokratische Initiativ-Gesetzentwurf über die Änderungen des Schupolizeibeamtengesetzes wurde in zweiter und dritter Beratung und in der Schlusabstimmung mit 810 gegen 24 Stimmen angenommen. Danach wird die Befehlsverpflichtung wie folgt gefaßt: „Der Schupolizeibeamte hat dem rechtmäßigen Dienstbefehl der zuständigen Vorgesetzten unbedingt nachzukommen.“ In namentlicher Abstimmung wurde ein Antrag der Deutschen Volkspartei, bei Neufassung des Schupolizeibeamtengesetzes den Polizeioffizieren einen Schutz gegen Entlassung aus politischen Gründen zu gewähren, mit 197 gegen 147 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Erledigung fanden dann noch einige Eclatskapitel und Anträge, so auf Erhöhung der Zahl der Hilfsbeamten in den Gewerbeaufsichtsräten sowie der Gewerbeaufsichtsräte, ferner Schöpfung der Mittel für Zwecke des Bandesblümchenorganisationen von 500 000 auf 800 000, der Fortbildungszuschüsse für noch nicht im Schulienfeld untergebrachte Schulamtsbewerber um 1 Million auf 2,1 Millionen.

Daraus begann die zweite Beratung des Haushaltssatzes der Allgemeinen Finanzverwaltung. Der Ausschuß will aus Sparmaßgründen über 4 Millionen Mark freikriegen. Der voraussichtliche Fehlbetrag für 1928 in Höhe von 69,2 Millionen soll bis zur dritten Lesung beseitigt werden.

Das Haus vertrug die Weiterberatung auf Freitag.

Finanzminister Caillaux.



Caillaux steht im 64. Lebensjahr, wurde 1888 Finanzinspektor und ist seit 1898 Abgeordneter. Finanzminister war er bereits 1898–1902, 1906–09 und 1911. Hierauf als Ministerpräsident und Innenminister tätig, wurde er 1913 wieder Finanzminister. Sein von 1908 an gemachter Versuch, die Einkommenssteuer in Frankreich durchzuführen, zog den Haß der Finanzkreise auf sich. Wegen seiner Politik europäischer Auseinandersetzung während des Krieges wurde von Poincaré und Clemenceau schärfer gegen ihn gehegt und er wurde Anfang Januar als Landesverräter verhaftet, obwohl, wie Clemenceau erklärte, Beweise für Caillaux' Schuld nicht vorlagen, wurde er erst nach mehr als zweijähriger Untersuchungshaft freigesprochen. Nachdem er 1925 wieder Finanzminister geworden war, versuchte er den Franc zu stabilisieren, was ihm aber infolge von Konzeptionen an die Banken nicht gelang und zu seinem Rücktritt führte. Ob er dieses Mal größeren Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten.

Auf Antrag des Abg. Gerig (Btr.) wird dieser Gegenstand an den Haushaltshaushalt zurückgewiesen.

Darauf wird die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Mieterschutzgesetzes fortgesetzt.

Abg. Tremmel (Btr.) wünscht von der Regierung Auskunft darüber, auf welche Ursachen die Verzögerung von in der Verzeitlinie von Krediten zum Wohnungsbau zurückzuführen sei. Auch das Zentrum sei der Meinung, daß die Zeit einer grundlegenden Umwälzung des Mieterschutzes noch nicht gekommen sei. Die Befreiung des Mieterschutzes würde allgemein zu außerordentlichen Mietsteigerungen führen. — Abg. Winnigfeld (D. Wpt.) und Abg. Domisch (Dnat.) verteidigen den Regierungsentwurf, während Hellein (Komm.) ihn als eine Verschlechterung des Mietergesetzes bezeichnet.

Daraus ergibt sich das Haus am Freitag. Vorher wurde mit Unterstützung der Sozialdemokratie auf Antrag Bekt beschlossen, den Entwurf eines zweiten Gesetzes über den Volksentscheid als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Mus dem Reiche.

Berliner Stadthaushalt und Untergrundbahnhof. Die Berliner Stadtvorsteherne nominierten vergleichsweise am Donnerstag in dritter Lesung den Haushaltssatz für 1928. Dieser dritten Lesung waren nach monatelangen Beratungen heftige Kämpfe im Plenum bei der zweiten Sitzung vorausgegangen. Die großen finanziellen Schwierigkeiten der Stadt Berlin haben dazu geführt, daß Berlin sich entschließen mußte, entweder seine Tarife zu erhöhen oder den Grundsteuerzuschlag von augenblicklich 11,5 auf 200 Prozent zu erhöhen. Die Sozialdemokratische Fraktion beantragte mit Erfolg bei der Verabschiedung des Staats die Annahme einer neuen Grundsteuerordnung, die die über 100 Prozent hinausgehenden Gemeindegrundsteuerzuschläge einer weitgehenden Staffelung unterziehen sollen. Allerdings glaubte die Sozialdemokratische Fraktion es nicht verantworten zu können, bis zur Genehmigung einer neuen gestaffelten Grundsteuerordnung den Staat ohne ausreichende Deckung zu lassen. Sie entschloß sich deshalb, einem 200 prozentigen Grundsteuerzuschlag ihre Zustimmung zu geben. Dagegen stimmten die Kommunisten, die Deutschen Nationalen und die Wirtschaftspartei. Die Kommunisten hatten es zu Beginn des Jahres bei den bevorstehenden Anforderungen der Stadt Berlin infolge der wachsenden Erwerbslosigkeit fertiggebracht, eine vorübergehende Erhöhung des Grundsteuerzuschlages von 100 auf 150 Prozent zu genehmigen. Jetzt bei der Verabschiedung des Staats verließ sie der Staat, sie zogen sich auf ihre alte rein negative Agitationspolitik zurück und gingen mit den Deutschen Nationalen, Wirtschaftspartei und Wirtschaftspartei in einer Front. — In der gleichen Sitzung wurde die Vorlage über den Ankauf der Berliner Hoch- und Untergrundbahn mit großer Majorität angenommen.

Es folgt die zweite Beratung eines Antrages der Deutschen Volkspartei zur Änderung des Pensionsgesetzes in Verbindung mit einem demokratischen Antrag auf Befestigung der Rentabilität der Altruhfestandorte in diesem Gesetz. Das Zentrum beantragt dazu, daß in einem Nachtragssatz 100 Millionen Mark zur Erhöhung der Unterstützung von Kriegsbeschädigten angefordert werden sollen. Die sozialdemokratische Fraktion stellt den Antrag, diesen Betrag auf 150 Millionen Mark zu erhöhen. Die Kommunisten beantragen, dabei nur die Belohungsgruppen 1–7 zu berücksichtigen. — Es entsteht eine längere Gefäßordnungsdebatte über die Frage, ob bei der Neuregelung auch die Offiziere der alten Armee berücksichtigt werden sollen, wie es Volkspartei und Deutschnationale wollen.

Abg. Steinloß (Soz.) macht darauf aufmerksam, daß diese Offiziere 4 bis 6000 Mark erhalten würden, wenn man die Forderung der Rechtsparteien erfülle.

Flus aller Welt.

Das Hochwasser, das infolge der ungeheuren Regenfälle der letzten Wochen zunächst vor allem die Quellgebiete der Flüsse, die Gebirgsgegenden, verheertend heimgesucht hatte, wird jetzt in den Niedezonen der großen Flüsse von Tag zu Tag bedrohlicher, vielerorts direkt zur Hochwasser Katastrophe. Das trifft vor allem auf den Unterlauf der Oder und den Mittellauf der Elbe zu. In Mitteldeutschland, in der Gegend von Magdeburg, sind die Ufer der Elbe und die angrenzenden Gebiete weitestgehend überflutet. Zahlreiche Deichbrüche sind zu verzeichnen, so daß unverschärfbare Straßen fruchtbaren Ackerboden überflutet und verschlammt sind und die Getreide- und Kartoffelernte zum großen Teil vernichtet ist. Nur unter äußerster Anstrengung gelang es bisher, die wichtige Eisenbahnstrecke Berlin–Magdeburg vor Zerstörung zu retten. Der Pegelstand der Oder steigt im Unterlauf ebenfalls ununterbrochen. Bei der Stadt Cottbus sind weite Strecken vom Wasser überflutet und zahlreiche Wohnungen müssen geräumt werden. Die Hochwasserwelle hat vor allem auch im Niederrhein und Oderbruch alles überflutet; im Wartebach ist ein Damm gesprungen, so daß Pioniere eingefangen werden mussten. Zwischen Schwedt und Stettin stehen die Dörferwiesen überall unter Wasser und die Dörfer sind um ihre Gemüse- und Heuernte geplündert. Das Hochwasser im Spreewald hat den Höchststand der letzten Jahrzehnte schon erheblich überschritten und sämtliche Dächer überflutet. Mit einer Fläche von annähernd 10 Quadratkilometern bildet der Spreewald jedoch ein natürliches Schutzevorwerk für die Reichshauptstadt, in der sich das Hochwasser bis jetzt nicht bemerkbar macht.

Ein Kindermord in Westdeutschland.

Gestern nachmittag gegen 5 Uhr wurden in einer Wohnung bei Duisburg die Leichen zweier ermordeter Kinder, eines Knaben von 7 bis 9 Jahren und eines Mädchen zwischen 5 und 7 Jahren, aufgefunden. Den Kindern war die Kehlöffnung oder durchstoßen und beiden die Kehlsader aufgeschnitten. Das Töter kommt vermutlich eine Frau in Frage, die in der Nähe des Tatortes gelebt wurde und beim Erbrechen von Passanten die Blutlust ergriff. Sie wird auf 20 bis 25 Jahre geschätzt. Die Leichen der Kinder sind noch nicht festgestellt.

Im Verlauf von wenigen Monaten wird nach Durchführung der Beitragsbestimmungen das ganze Untergrundbahnhofsnetz in den Händen der Stadt vereinigt sein, die damit über Straßenbahn, Untergrund- und Autobus-Linien allein verfügen wird.

Gegen zwei Uhr wurde am Donnerstag abend das Feuer bestellt, um jeden Fluchtversuch unmöglich zu machen.

Das Ergebnis der Berliner Studentenwahl, an denen sich 70 Prozent der Studenten beteiligt, ist: Deutsche Studentenschaft 1301, Berliner Waffenring 1128, Deutsche Studentenbund und (freiheitlich) 590, Deutsche Gruppe 727, Jungstudenten 251, Vereinte Illische Gruppe 168, Sozialisten 549, Hochschule der werktätigen (Kommunisten) 285, Nationalsozialistischer Studentenbund 118.

Reaktion gegen die Todesurteile im letzten Gemetzelprojekt. Das Reichsgericht hat die Revisionsverhandlung im Mordprozeß Panner und Genossen auf den 12. Juli anberaumt. Die Revision erfreut sich auf den Oberleutnant Benn, den zum Tode verurteilten Feldwebel Stein, den gleichfalls zum Tode verurteilten Soldaten Aschenkampf und dem Angeklagten Schmitz.

Dem Untersuchungsausschuß des Reichstages zur Klärung des Gemetzel, der am Donnerstag seine Arbeiten forschte, lag ein Schreiben des bosnischen Staatsministers vor, in dem verlangt wird, daß für die Vernehmung baptistischer Beamter erst die Genehmigung der vorgesetzten Behörde eingeholt wird. Gegen den Einpruch der sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder entschied die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses im Sinne der Förderung des baptistischen Ministerpräsidenten. Abg. Dr. Levi (Soz.) machte dann als Berichterstatter auffällige Mitteilungen über die Flucht Zwengauers aus der Krankenabteilung des Zuchthauses Straubing. In beschlagnahmten Briefen Zwengauers, die aus dem Krankenhaus hinausgeschmuggelt wurden sind bereits Andeutungen eines Fluchtplans enthalten. Der Referent verfasste eine amtliche Darstellung über die Flucht Zwengauers und die Protokolle der Aussagen der Fliehversuchshäftlinge. Die Strafammer des Landgerichts Straubing hat seinerzeit beschlossen, von der Strafverfolgung der Beamten und der Eltern Zwengauers zu befreien. Der Ausschuß beschloß, in der Fluchtflüge eine Reihe von Zeugen zu vernehmen, außerdem den bereits vernommenen Zeugen Kümmel und Dr. Arnold Ruge.

Maximale Schwäche gibt's überall. Die Rechtspresse hat sich dieser Tage über die Unterstellung des Geschäftsführers Langemach vom Frankfurter Gewerkschaftshaus aufgeregt und verjagt, diesen zu zu verunglimpft. Jetzt wird uns aus Frankfurt gemeldet, daß der Sektor Schul, Mitglied der Deutschen Volkspartei und Leiter der Jugendverbände der Stadt Frankfurt a. M., in dieser Eigenschaft nicht 40 000 Mark, wie Langemach, sondern sogar 56 000 Mark unterschlagen hat. Auch er ist verdächtigt worden und hat die Unterschlagung eingestanden. Aber obwohl das Vergehen von Schul bereits 14 Tage in Frankfurt bekannt ist, liegt man in der Rechtspresse keine Zeile über diese Unterschlagungsfälle. Um so lauter kann man sich über den sozialdemokratischen Stadtrat entzücken, obwohl dieser sofort aus der Partei ausgeschlossen wurde und sämtliche Lemter niedergelegt mußte.

Die polnischen Wanderarbeiter.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Beschäftigung polnischer Wanderarbeiter in der Landwirtschaft.

Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.) machte in erster Linie den Großgrundbesitz dafür verantwortlich, daß alljährlich weit über Hunderttausend polnische Wanderarbeiter in Deutschland beschäftigt würden. Der landwirtschaftliche Arbeitgeber dient nicht daran, bessere Arbeitsbedingungen einzuräumen und zögert deshalb die ausländischen Arbeitern vor. Die Abgeordneten Schlangen-Schönningen (Dnat.) und Hepp (D. Wpt.) machten demgegenüber auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, in denen sich heute die Grundbesitzer befinden. — Der demokratische Abg. Lemmer legte dem Ausschuß eine Entschließung vor, in der die Reichsregierung ersucht wird, im Hinblick auf die gewaltige Arbeitslosigkeit Maßnahmen zu ergreifen, die die Arbeitsgelegenheit für deutsche Arbeiter in der Landwirtschaft fortsetzend erweitern. Insbesondere müsse die Reichsregierung dem Bau von Landarbeiterwohnungen erhöhte Aufmerksamkeit widmen.

Ein deutschnationaler Antrag, der sich nur ganz allgemein für einen Abbau der Beschäftigungsmöglichkeit ausländischer Arbeitskräfte einsetzt, wurde angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Sozialdemokraten erklärten, sie hielten den deutschnationalen Antrag für demagogisch und unwhichtig und lehnten ihn deshalb ab, obwohl sie seinen materiellen Inhalt billigten. Die demokratische Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Präsident Calonder bei Ministerpräsident Braun. Wie der Amtliche Preußische Pressebrief mitteilt, stand anscheinlich der Anwesenheit des Präsidenten der Gemischt-Kommission für Oberschlesien, Calonder, beim preußischen Ministerpräsidenten Braun ein Empfang statt, bei dem die schwedenden Fragen Oberschlesiens besprochen wurden.

Das Eisen auf den Straßen.

Bekanntlich liegt ja das Eisen auf der Straße, aber leider gelingt es den wenigsten, es dort zu finden. Anders ist es beim Eisen, mit dem sich der Eisenbahn zwar weniger beschäftigt, mit dem aber so mancher Kraftfahrer schon recht unliebame Bekanntheit machen mußte. Amerikanische Versuche haben ergeben, daß die auf den Straßen liegenden Eisenmünzen in Form von Nageln, Bolzen erstaunlich groß sind. Man hat einen Kraftwagen mit einem Elektromagneten ausgestattet, derart, daß der Magnet den Straßeneisen möglichst nahe kommt. Bei einer Fahrt von nur acht Kilometern kommt der Wagen 68 Kilogramm, bei einer anderen Fahrt sogar 217 Kilogramm preußisches Eisen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei den Verlusten besonders ungünstige Bedingungen ausgewählt wurden; aber selbst dann, wenn sich aus den Zahlen kein allgemeiner Schluss ziehen läßt, scheint doch die Anbringung von Sammelmagneten an Kraftwagen recht ratsam.

Eigenartige Auto-Unfälle.

Auf der Automobil-Rennbahn von Charlotte (North Carolina) ereignete sich ein merkwürdiger Unfall. Der Rennfahrer Ralph Hepburn umraste mit 200 Stundenkilometern die Bahn, als ihm ein Sperrling gegen die Schutzbrille flog, die auf den Straßen liegenden Eisenmünzen in Form von Nageln, Bolzen erstaunlich groß sind. Man hat einen Kraftwagen mit einem Elektromagneten ausgestattet, derart, daß der Magnet den Straßeneisen möglichst nahe kommt. Bei einer Fahrt von nur acht Kilometern kommt der Wagen 68 Kilogramm, bei einer anderen Fahrt sogar 217 Kilogramm preußisches Eisen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei den Verlusten besonders ungünstige Bedingungen ausgewählt wurden; aber selbst dann, wenn sich aus den Zahlen kein allgemeiner Schluss ziehen läßt, scheint doch die Anbringung von Sammelmagneten an Kraftwagen recht ratsam.

Ein Autolenker stand dieser Tage vor den Gerichten des Bezirks in Oslo, Norwegen. Sein Wagen war auf ebener, gerader Straße in den Chausseegraben gestürzt, wobei die beiden Insassen, der Chauffeur und eine Dame hinaufgeschleudert wurden, glücklicherweise ohne sich ernstlich Schaden zu tun. Das war es nur möglich, daß der Wagen in den Graben fuhr, fragte der Richter, waren Sie auch betrunken? Das Angestellte bestätigte dies bestmöglich, wollte aber gegenüber dem Richter erklären, daß er nicht recht mit der Sprache vertraut sei. „Ich kann nicht mehr und sie müssen mir das Gesetz näher erläutern“, sagte er. „Sie müssen mich aus der Stadt aussetzen, wollte ich Ihnen sagen und ließ dabei einen Augenzug des Steueraus der Hand.“ Der Richter verdonnerte den verfehlten Chauffeur zu 50 Kronen Geldstrafe und Entziehung der Führerlaubnis auf die Dauer von drei Monaten.

Unser Sommer-Ausverkauf

beginnt
Sonntag
den
26.
Juni.

Damens- und Mädchens-Mantel-Fabrik
Reichstag-Nachf.

Nur Nikotinpreise 8-9.

Fabelhaft
billige
Preise

Bitte beachten Sie
unsere Schaufenster

Stadt-Theater.

Freitag 8 Uhr: Madame Butterfly

Sonntag 8 Uhr: Tiefland

Sonntag 8 Uhr: Die Meistersinger von Nürnberg

Lobetheater
Dessauer Str. Tel. Rg. 6774.
Freitag, Sonnabend
abends 8 Uhr:
Reinhardt v. Gneisenau

Thaliatheater
Schweizerstr. 3, Tel. Rg. 6700
Geöffnet.

Schönspielhaus
Gärtnerstraße 12
Telefon Stephan 34646
Täglich 8 Uhr:
Der große Operettenerfolg!
„Ammerland“

Sonnabend abends 8 Uhr:
Zwei erfüllte Wünsche:
Die verlängerte Frau
Samstag nachmittags 8 Uhr:
„Zene, Zotte, Ziele,
Josephines Tochter.“
Samstag und täglich 8 Uhr:
„Die verlängerte Frau“

Kein Fest ohne

Feuerwerk!
Feuerwerkfabrik, Fackeln, Feuerkugeln
Eigene Fabrikation, Lampen, Fächer usw.
Technisches Abkommen von Feuerwerken
lieferst billigst die größte Spezialfirma
BRESLAU 8 Vorwerkstr. 12

Bade dich gesund
im Breslauer Hallenschwimmbad
Kohlenzisterne, Fichtennadel, Sauerstoff, Soda, Moorextrakt,
Schwefel, Entzündungs- und alle medizinischen Bäder.
Außer Sonntags täglich von 8-8 Uhr.

Druckerei Vollstädt
Ausführung aller Drucksachen
Breslau 2 Glacisstraße 4/6

Unwiderrücklich nur noch bis Sonntag, den 23. Juni, täglich von 2 Uhr mittags bis 1 Uhr nachts,
das Fest der feierlichen Feiere, das Breslauer

Goldene Woche
mit Alt-Breslau

mit die schönsten Masken und Kostümen, sowie die originellsten Kinder-Schwänze werden präsentiert.

Ballonwettbewerb von Glorie Wilson

aero-acrobatische Künste im Freiballon

Morgen Sonnabend, 6-8 Uhr: Schießscharten im Tauziehen, Akrobaten, Musterriege usw. der Schwerathleten.

Ausgestrahltes Tage: Ballonwettbewerb von Glorie Wilson

am Sonnabend und Sonntag: Vorführungen des „Sommertanzes“

Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf. Am Sonntag: Erwachsene 50 Pf., Kinder 20 Pf.

Wiederholung: müssen die Fahrtkosten auf dem Reisefahrer entrichtet werden.

Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf. Am Sonntag: Erwachsene 50 Pf., Kinder 20 Pf.

Wiederholung: müssen die Fahrtkosten auf dem Reisefahrer entrichtet werden.

Fledermaus

Von Freitag, den 23. Juni bis Donnerstag, den 1. Juli.
Das Tagesgespräch von Breslau.

Der große Ufa-Film **D-Zug des Grauens**

Eine gruselige amerikanische Sensations-, Detektiv- und Abenteuer-Groteske
in 6 großen Episoden.

Hauptrollen: Marie Prevost — Raimond Griffith u. a. m.

Der Film, der zu den neuesten Schöpfungen der amerikanischen Produktion gehört, verbindet mit unüberstießen, grauenhaften Sensationen einen Humor,

der den erregten Nerven die richtige Entspannung bereitet.

In Berlin wochenlang ausverkaufte Häscher. — Dazu als Beiprogramm:

Lye und Ley, die beiden Kampfhähne

Eine traurige Geschichte zum Totischen für Herz und Magen in 5 Akten.

Beginn: 4 1/2 Uhr, Sonnabend 3 Uhr. Letzte Vorstellung: 8 1/2 Uhr.

Erwerbslose von Montag bis Freitag von 4 1/2 — 6 1/2 Uhr 30 Pf. — Ab Freitag

die herrliche Operette: **Fledermaus** von Johann Strauß in der **Fledermaus**.

12427

Ab Freitag, den 25. Juni

Beginn:

Wochentags 6⁰⁰, 8⁰⁰

Sonntags 4⁰⁰, 6¹⁵, 8⁰⁰

Die Seeteufel

Ein Piraten-Schauspiel in 6 Akten

Das Wunderland des Nordens

Island in lebenden Bildern

Ufa-Wochenschau

Ab Freitag, den 25. Juni

Beginn:

Wochentags 6⁰⁰, 8⁰⁰

Sonntags 4⁰⁰, 6¹⁵, 8⁰⁰

Die aus erster Ehe.

Quer durch das Land Abd-el-Krim.

Eine Reise von Marokko bis zum Atlantischen Ozean.

Ufa-Wochenschau.

Jugendliche haben Zutritt.

12427

Arbeiter,

Maurer, Zimmerleute!

Empfehle meine bekannten, guten

3 Draht-Lederhosen

mit und ohne Latz

Ferner

Berufs-Kleidung

von M. Mosberg, Bielefeld

zu Original-Preisen

Eugen Hamburger

Teichstraße 31

2 Minuten vom Hauptbahnhof

Die Volksschule als Einheitsschule

von Dr. Max Apel.

Befürchtungen werden von der Expedition dieses Blattes

sowie von familiären Kolportörern entgegengenommen.

Lebensmittel- und Feinkost-Großhandlung

Max Schönfelder

Breslau 1, Albrechtstraße 56.

Von ganz frischer Zusucht bitte ich an:
La Möller's Butter

per Pfund 11. 1.58.

2 Pfund zusammen nur 11. 1.10.

und nicht zu übersehen bitte ich mein folgendes Angebot:

Rein amerik. bestes blüteweißes

Schweineschmalz

per Pf. 11. 0.92

Margarine.

Meine Spezial-Marke „Die goldene Welle“
das Pf. nur 11. 0.68 ist besserer Preis
für ungeseizene Landbutter.

Jordanzmühler Stangenläuse
vollreif das Pf. 11. 0.40, 2 Pf. 11. 0.75

Hauszeit-Milch im Schütteln (Gummibutt)

Marie-Thee-Rote

per Schachtel 11. 0.35, 5 Schachteln 11. 1.70

10 Schachteln 11. 3.30

Neue Matjes-Heringe
vollkommen ausgereift Qualität

per Stück 11. 20 und 25 Pf.

Neue Kartoffeln, schnell Kochend.

Qual. 1a, per Pf. nur 10 Pf.

Wurst, Fleisch-Waren, die köstlichsten
in bester Qual. zu denkbar billigen Preisen

Röst-Raffees

per Pf. 11. 2.59, 2.69, 3.20, 3.60, 3.80, 4.00

in unvergleichlich kräftigen

u. feinschmeckenden Qualitäten

Lee

per Pf. 11. 3.60, 4.00, 5.00, 6.00

Kafao-Pulver

garantiert rein und leicht löslich

per Pf. 11. 0.55, 0.80, 1.00, 1.20, 1.40 bis 2.60

Schokoladen

der renommiertesten Fabriken Deutschlands

in 100 gr. Tafeln

per Tafel 11. 0.25, 0.30, 0.32, 0.40 und 0.50

u. a. m.

Verkauf u. Versand unter Albrechtstr. 56

Postkonto: Breslau 9530

T. d. N.

Klosterstraße Nr. 32

Linie 1, 21, 18, 16, 23.

Ab Freitag, den 23. Juni:

6 Schüsse in einer Nacht.

8 Akte aus dem Leben einer Verkommenen.

Die erschütternde Tragödie von Mutter und Kind.

Dazu: Großes Lustspielbeiprogramm.

Vorzeige! Ab 2. Juli der Zirkus!

Die da unten.

Beginn: Wochentags 6 und 8^{1/2} Uhr.

Sonntags 4, 6^{1/2} u. 8^{1/2} Uhr.

12431

Mondcheinbootwasserfahrten.

Von Sonnabend, den 26. Juni, täglich

bis auf weiteres nach Margarethen zurück.

Absfahrt ab Ohlau-Ufer 8 Uhr abends.

Desgleichen im **Unterwasser** ab

Freitag, den 25. Juni nach Sandberg und

zurück. Absfahrt Königsbrücke 8 Uhr abends

Tel. R. 7133.

Rudolf Kattein.

Die faszinierenden Masken und Kostüme, sowie die originellsten Kinder-Schwänze werden präsentiert.

Großer Kinderfest!

mit Alt-Breslau

Heute Großer Kindertag!

mit die schönsten Masken und Kostüme, sowie die originellsten Kinder-Schwänze werden präsentiert.

Ballonwettbewerb von Glorie Wilson

aero-acrobatische Künste im Freiballon

Morgen Sonnabend, 6-8 Uhr: Schießscharten im Tauziehen, Akrobaten, Musterriege usw. der Schwerathleten.

Ausgestrahltes Tage: Ballonwettbewerb von Glorie Wilson

4-7 Uhr: Kinder- u. Jugend-Schuh- und Kleidungs-Weißtische. Riesenpralinenverkauf

am Sonnabend und Sonntag: Vorführungen des „Sommertanzes“

Eintrittspreise: Erwachsene 30 Pf., Kinder 10 Pf. Am Sonntag: Erwachsene 50 Pf., Kinder 20 Pf.

</

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 25. Juni.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau

gab gestern nach kurzer Begrüßung durch Gen. Ernst Zimmer gen. Karl Pietsch einen Rückblick auf den Kampf um den Volksentscheid. Sei die Abstimmung auch nicht der freie demokratische Ausdruck der Massenstimme, der durch Terror behindert wurde, so hätten doch auch die Wähler wenigstens örtlich verhandelt. Inflation und Wirtschaftskrise hätten sich als bessere Vorkämpfer der Reaktion erwiesen als der Kapp-Putsch. Angesichts dieser Probe auf die Leistungsfähigkeit der Massen könne man nicht die kommunistische Phrase von einer "revolutionären Situation" für richtig halten. Wirtschaft zeigte sich gegen den Volksentscheid die Partei der Kirche, wenn die Berechnungen der "Schlesischen Volkszeitung" auch zweifelhaft sind, wonach die Zentrumswähler geschlossen der Partei ihrer Partei gefolgt wären und ein Zusammenschluss im Reich nur von den Nichtwählern gekommen sei. Die Stellungnahme der Kirche kann nicht ohne Konsequenzen für uns bleiben, die Bedeutung der religiösen Sozialisten sei wohl überschaut worden. Die Zusammenarbeit mit den Kommunisten wurde organisatorisch meist auf unsere Kosten vorgeschlagen. So zeigen die Erfahrungen, dass wir auf uns selbst gestellt sind.

Ausführlich besprach der Redner dann den Abstimmungsausfall in Breslau, wo rund 2000 Stimmen weniger ausgetragen wurden als beim Volksbegehren. Ein vom Bezirkssekretariat und der "Volkswacht" empfohlener Schlepperdienst hätte wohl tausende Stimmen mehr herausgeholt, wäre aber zu kostspielig gewesen. Geschadet hat das Täufungsmanöver des "Generalanzellers", der das Ende des Abstimmungsausfalls auf 6 Uhr stellte. Der Redner ging dann auf die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ein und besprach auch die Gründe, die zum Recht der Umfrage am Abstimmungstage geführt haben. In diesem Zusammenhang warnte er davor, Jugendliche ohne Führung Erwachsener für politische Demonstrationen einzuladen, was die Partei stets abgelehnt habe. Am guten Willen des Polizeipräsidenten sei nicht zu zweifeln.

Weitere Ausbreitung der Parteipresse sei für die nächsten Kämpfe unabdingbare Voraussetzung. Organisatorisch werde örtlich auch manches zu befürchten sein, z.B. die Zusammenfassung der vielleicht allzu zerplatteten Distriktsabende zu größeren Abteilungssammlungen, die auch mit Rednern besser vorbereitet und dadurch unzweckhafter gemacht werden könnten. Ganz falsch wäre es, auf Grund dieser Abstimmung die Kampfmittel der Demokratie über Bord zu werfen, da die Diktaturpartei jetzt eben recht nur den Gegnern von rechts ausüben läuft. Mit klarer sozialistischer Politik, die die Fraktion im Reichstag auch bei den nächsten Entscheidungen erhalten sollte, würden die Massen immer besser zu erfassen sein.

In der Aussprache wies Genosse Dr. Egestein auf Mängel der örtlichen Organisation hin. Der Zustrom von 4 Millionen Wählern im Reich sei immerhin ein großer Fortschritt, und es gehe jetzt, diese Wähler aus den Zwischenräumen mit unseren Gedanken vertraut zu machen. Der Streit mit den Kommunisten müsse im internationalen Maßstab abgebaut werden. — Die Genossen Laqua und Hannakat beschreiten Erfahrungen des Abstimmungstages in der Stadt und im Vorort, wobei letzterer vor Verleugnung feststeller Gesicht, besonders der ländlichen Wähler, warnt. — Genosse Birnbaum glaubt gleichfalls, dass die neu zu gewinnenden Schichten und die jetzt im Zollkampf wichtigen christlichen Gewerkschafter usw. durch Erörterungen religiöser und kirchlicher Fragen nur von der Übereinstimmung ihrer wirtschaftlichen Interessen mit der Politik der Sozialdemokratie abgelenkt werden können. Die religiösen Sozialisten hätten sich um die Bekämpfung des Missbrauchs der Religion gegen unsere Partei verdient gemacht. Den Kommunisten dürfe man Unterwerfung nicht verschaffen, soweit sie diesmal auf dem Boden der Verfassung mitarbeiten. Die "Volkswacht" habe trotz der schweren Arbeitslosigkeit gerade in Breslau gute Fortschritte ihrer Ausbreitung zu verzeichnen, die aber noch lange nicht genügen. — Genosse Basci te erörtert den Wert einer etwaigen Einführung der Wahlpflicht. — Genosse Udam hält das Abstimmungsergebnis im ganzen nicht für schlecht und verlangt schwächeres Kampfmittel gegen die Zollpolitik, vor allem von den Gewerkschaften, die im Sommer ihre Kampftunfähigkeiten in dieser Frage nicht wahr gemacht hätten. — Genosse Breck glaubt, dass Hindenburg noch zustante angefasst wird und dass die Marxisten Kompromissversprechungen der Abstimmung geschadet haben. Die Demokratie werde erst dann unverzüglich sein, wenn wir die Anwendung der staatlichen Machtmittel gegen uns ausschalten. — Ein Antrag auf Schluss der Debatte wird mit Mehrheit angenommen.

Genosse Pietsch geht im Schlusswort noch einmal auf die Anregungen der Debatte ein und wendet sich gegen einen Antrag, der vom Vorstand bessere organisatorische Arbeit verlangt und von ihm als Misstrauenvotum aufgestellt wird. — Dieser Antrag wird dann mit Mehrheit abgelehnt, nachdem Genosse Zimmer als Vorsitzender zusammenfassend noch einmal ein Bild vom Abstimmungsausfall in Schlesien und den Tercormethoden des Landebundes gegeben hat, die bei der nächsten Reichstagswahl technisch unanwendbar sein werden.

Anschließend berichtet Genosse Bache über die kommende Elternbeiratswahl und empfiehlt reges Eintreten für die Linke "Schulfortschritt". Er verweist auf das Material zu dieser Wahl, das die "Volkswacht" am 20. Mai veröffentlicht hat. — Genosse Gabriel ergänzt diese Hinweise und macht darauf aufmerksam, dass die Elternbeiratswahl am Sonntag von 9 bis 2 Uhr stattfindet. Sie sei um so wichtiger, als für den Ausbau der weltlichen Schulen zurzeit geeignete Lehrkräfte fehlten. — Nachdem noch einige weitere Redner zu dieser Frage geantwortet haben, schließt Genosse Pietsch die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Vom Breslauer Kindermorde
kommen die polizeilichen Mitteilungen immer spärlicher heraus. Heute wird nur mitgeteilt, dass sich der Täger des schokoladenfarbenen Autos gemeldet hat, der sich melben sollte und diese Angelegenheit damit erledigt ist. Dass zwischen dem Breslauer Kindermorde und dem Mord in Neu-Sachsen kein Zusammenhang besteht, ersehen die Leser an anderer Stelle.

Unerwünschtes vom Johannistag.

Eine Leserin schreibt uns:

Die Leitung des Johannistages lobt für heut zu einem großen Kinderfest ein. Die schönsten Mädchens und Knaben, sowie die originellsten Kinderkleidungen werden prämiert. Wer nicht irgend welche Leistungen, im Wettkampf vollbracht, werden prämiert, sondern kindliche Schönheit und originelle Kleidung. Vom prächtigsten Standpunkt ist das zu verurteilen, und die Gestaltung hat wohl nicht davon gesprochen, dass auf die Weise Eitelkeit, Laiheit, Neid und andere menschliche Eigenschaften gefordert werden, die nicht nach gefordert werden sollten. Eine solche "Schönheitskonkurrenz" ist auch in der Zeit des sozialen Kinderschutzes nicht recht am Platze. Habe ich Recht?

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die Tagesordnung der gestrigen Sitzung wurde in sachlicher Arbeit ohne erhebliche Debatten erledigt, mit Ausnahme des sozialdemokratischen Antrages, die alten Königsstandbilder im neu renovierten Stadtverordneten-Sitzungssaal nicht wieder aufzustellen. Ihr Anblick war nie besonders erfreulich, der künstlerische Wert zugleich sehr umstritten. Nun hat man zwar auf die beiden minderwertigsten, die von Wilhelm I. und Friedrich III., verzichtet, die beiden anderen aber bereits wieder in den Saal geschleppt. Es sind dies die Standbilder Friedrich II. und Friedrich Wilhelm III. Genosse Bandmann teilte mit, dass diese beiden Standbilder 1861 von einem Kommissionstat Blatou geschenkt und 1864 aufgestellt wurden. Schon damals habe der Stadtverordnete Rogge hiergegen große Bedenken geäußert. In den 90er Jahren wurde die Sammlung zu einem steinernen Hohenzollernpanoptikum vervollständigt. In dem neuen, modern hergerichteten Saale mit Stofftapeten an den Wänden und Holzverkleidung passen die beiden Steinfiguren überhaupt nicht. Man möge sie irgendwo im Remter aufstellen, wo sie weniger stören. Die Röde gefiel den Deutschnationalen und Völkischen nicht. Sie hatten sich vorbereitet, einen politischen Bildersturm abzumachen, und hielten ihre Reden über die angeblichen Verdienste der Hohenzollern. Kunsthistorisch äußern Fürstentraditionen fremd, und so gingen sie auf die Verhandlung des Sitzungsaales überhaupt nicht ein. Schließlich einigte sich die Mehrheit auf Anregungen des Zentrumsmannes Dr. Seppelt und des Demokraten Dr. Heilberg dahin, die Kunstdéputation des Magistrats zu befragen. Die Schwarz-Weiß-Röde wollten auch davon nichts wissen, sondern hätten gern die beiden anderen gleichenden Gestalten auch noch in den Saal schieben lassen.

Die Vorlage, Notstandsarbeiten von zusammen 59 430 Erwerbslosenlagentewerkern, mit 207 530 Mark städtischer Beihilfe ausführen zu lassen, wurde genehmigt. Genosse Ruffert wies dabei auf die große Not. Bei weit über 40 000 Erwerbslosen bedeutet die Summe nur sehr wenig, und es muss nach weiteren Arbeitsmöglichkeiten umschau gehalten werden. Der Deutschnationale Dr. Braune hat sich in erfreulicher Weise der sozialdemokratischen Ansicht genähert, dass Notstandsarbeiten zum vollen Tariflohn auszuführen sind, und Arbeiten jeder Art, auch Bauteile, als Notstandsarbeiten in Kraft gesetzten werden sollen. Leider aber hat sich diese Auffassung bisher bei der Regierung noch nicht durchgesetzt, mit dem ausgeworfenen Gelde ließe sich sonst die Wirtschaft schon wesentlich besser befriedigen.

Die Große Markthalle in der Siebenhüsenerstraße wird nun hergerichtet, die Siebelung Pöpelwitz erhält eine Schule, auch eine Ringbaude wird wieder gefaust, und die Zeit rückt nun näher, wo mit den Ringbuden ganz aufgeräumt werden wird.

Nach Eröffnung der Sitzung wurde dem Schlesischen Zentralverein zum Schutz der Tiere eine Beihilfe von 500 Mark gewährt.

Hierauf berichtet Stadt. Russert (Soz.) über Ausführung von Notstandsarbeiten,

die durch die ungeheure Arbeitslosigkeit in unserer Stadt notwendig geworden sind. Am 2. Juni 1926 wurden im öffentlichen Bezirksarbeitsnachweis Breslau 32 750 männliche und 13 850 weibliche Erwerbslose gezählt. Hierzu kommen noch 8500 Personen, die vom Wohlfahrtsamt unterstützt werden. Die vorgelegten Notstandsarbeiten umfassen 59 430 Erwerbslosenlagentewerk. Die Summe der hierfür nötigen Löhne stellt sich auf 274 032 Mark, die Beihilfe der Stadt auf 207 530 Mark. Der Redner bittet, diese Vorlage genehmigen zu wollen.

Stadt. Ammon (Komm.): Beschwert sich über Härten der städtischen Organe gegenüber den Notstandsarbeitern. Der Redner stimmt der Vorlage zu.

Stadt. Braune (Dnat.): Ist gleichfalls für die Vorlage.

Nach dem Schlusswort des Berichterstatters wird die Vorlage genehmigt.

Für die Verwaltung der Straßenbahn wird die Anschaffung eines Lakkraftwagens für 15 960 Mark bewilligt.

Beschlossen wurde dann die Errichtung einer Wasserreinigungsanlage im Gaswerk Dörrgoy. Die erforderlichen Mittel stellen sich auf 80 000 Mark.

Zugesagt wird ferner der Fluchlinienänderung der Bauausstraße.

Stadt. Pietsch (Soz.) berichtet über das Gutachten des Ausschusses 8 betr. Prüfung der Zufände in der Anstalt Zimpel.

Der jüngste Leiter sei tatsächlich unbefähigt. Er soll deshalb am 1. Juli d. J. in einer anderen Abteilung beschäftigt werden.

Nach einer weiteren Fluchlinienänderung berichtet Stadt. Braune (Dnat.) über die

Erweiterung der Elektrizitätswerke.

für die eine Anzahl von 9,8 Millionen bereits genehmigt worden ist. Ein Betrag von 3 Millionen soll zur Einleitung der Arbeiten sofort von der Stadt als erste Rate bereitgestellt werden.

Stadt. Otte (Soz.): Sind bei den Unterlagen auch die Kostenabschläge und Zeichnungen vorhanden?

Diese Frage wird bejaht und die Vorlage genehmigt.

In der Siedlung Pöpelwitz soll eine neue Volksschule errichtet werden, deren erster Bauteil Mittel in Höhe von 390 000 Mark erfordert. Eine entsprechende Vorlage wurde bewilligt.

Stadt. Otte (Soz.) berichtet über die Errichtung einer Beobhungs- und Schadenentlohnungsanlage im Gaswerk Dörrgoy. Die Kosten stellen sich auf 55 000 Mark. Der Vorlage wird zugestimmt.

Genehmigt wird der Ankauf des Grundstücks Opperau für 30 000 Mark.

Als Dringlichkeitsantrag werden 110 000 Mark für Erneuerungsarbeiten in den Markthallen 1 und 2 angefordert.

Der Antrag wird dem Ausschuss 5 überwiesen.

Als weiterer Dringlichkeitsantrag wird der

Bau einer Großmarkthalle

beantragt, deren Errichtung eine Million Mark kosten soll.

Diese Vorlage wird den Ausschüssen 2 und 5 überwiesen.

Der Erwerbung der Mitgliedschaft bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wird zugestimmt.

Genehmigt wird der Ankauf einer Parzelle für 9000 Mark.

Genehmigt wird der Verkauf einer Parzelle aus dem städtischen Grundstück Alt-Scheitnig für 5,50 Mark pro Quadratmeter.

Zugesagt wird dem Verkauf der Dorfsaue in Klein-Kaditz.

Beschlossen wird dann, die für den Schulhausneubau Kleinburgstraße bewilligten Mittel um 80 000 Mark zu verstärken.

Die hölzerne Brücke über die Weistritz soll erneuert und zu diesem Zweck ein alter Straßenbrückenbau der Reichsbahn für 6500 Mark erworben werden.

Der Verlegung einer Verbindungsleitung von dem Regel an der Freiheitsbrücke nach Gaswerk Oderitor wird zugestimmt. Gegenüber der Verleihung von Aufstützstellen an zwei Mittelschulehren.

Zur Ordnung betr. die Feststellung und den Betrieb von Grundstücken in Wasserungen wurde ein Nachtrag beschlossen.

Der Bauhof für die Begegnungskapelle und Feuerwehrstation an der Friedhof Gräbchen wird um weitere 48 000 Mark verstärkt.

Stadt. Bartsch (Soz.) berichtet über das Gutachten der Ausschüsse 2 und 6 betr. Änderung der Grabdenkmalsordnung. Nach einer Vorlage sollen die Gebüsche der Grabdenkmalsordnung 10 Prozent der Denkmalkosten betragen. Davon soll 7½ Prozent die Kirche, den Rest die Stadt erhalten. Diese Regelung wurde bemängelt. Die Kirche will aber mindestens in diesem Jahre von ihrem Anteil nicht lassen. Deshalb soll diese Regelung später in einer besonderen Gebührenordnung erfolgen.

Die Vorlage wird genehmigt.

Stadt. Bandmann (Soz.) berichtet dann über den Antrag Abstandnahme von der

Wiederaufstellung der Standbilder im Stadtverordnetensitzungssaal.

Die SPD. ist bei diesem Antrag keineswegs von parteipolitischen Grundsatzpunkten ausgegangen. Sie ist aber der Meinung, dass diese Standbilder den künstlerischen Eindruck des Saales beeinträchtigen. Schon im Jahre 1861, als die Standbilder zum ersten Mal aufgestellt wurden, wurde deren Aufstellung kontrovers. Wenn man nicht seinerzeit diese Bilder der Stadt gehabt hätte, hätte niemand daran gedacht, aus dem Saal ein steinernes Hohenzollern-Panoptikum zu machen. In den nach modernen Gesichtspunkten ausgestalteten Saal passen diese Statuen überhaupt nicht mehr. Im Remter seien sie allenfalls am Platze.

Stadt. Manderscheid (Tr.): Wundert sich über den Antrag.

Stadt. Braune (Dnat.) glaubt, die Vorlage sei nur parteipolitischen Gründen entsprungen. Der Redner gibt dann eine deutschnationale Geschichtslection und ist dafür, dass die Standbilder Friedrichs II. und Friedrich Wilhelms III. aufgestellt werden.

Stadt. Seppelt (Tr.): Hier Bilder hätten im Saal keinen Platz. Zugemessen passen sie nicht in den neuen Saal. Man möge das Gutachten eines Sachverständigen einholen.

Stadt. Heitrich (Voll.) ist gegen die Vorlage. Man solle die Bilder Friedrichs II. und Friedrich Wilhelms III. aufstellen. Ein Kunstfachverständiger sei nicht nötig.

Stadt. Ammon (Komm.): Die Bilder müssen raus und ins Museum.

Stadt. Bandmann (Soz.): Die Kollegen Kritsch und Braune scheinen nicht gewohnt zu sein, dass ein Mensch auch einmal die Wahrheit spricht. Künstlerische Motive scheinen den Herren unbekannt zu sein. Für die Herren von rechts sind nur politische Gründe maßgebend. Der Redner empfiehlt, das Gutachten eines Kunstfachverständigen einzuholen.

Stadt. Heilberg (Dem.) empfiehlt Verlegung und die Anhörung der Kunstdéputation.

Der Antrag Heilberg wird angenommen.

Der Antrag Siebelner (Arbeitnehmer) auf Zulistung der Zeitschrift "Gewerbe- und Kaufmannsgericht" an die Belegschaft beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht wird angenommen.

Zur Beratung kommt dann die Anfrage des Stadt. Ammon (Komm.) über Maßnahmen zur Vermeidung von Betriebsstillständen gegenüber Familien.

Stadtrat Tilgner findet die Kritik des Vorredners am Wohlfahrtsamt als zu weitgehend. Wenn das Wohlfahrtsamt den Selbstmord in der Weistritzstraße geahnt hätte, wäre die Ermittlung bestimmt unterblieben. Der betr. Arbeiter in der Weistritzstraße habe aber die Zahlung der Miete verzögert, und da habe man untrugmäßig ermittelt müssen. Die Beihilfe für charitative Vereine darf nicht abgebaut werden.

Stadt. Kapfe (Komm.) beantragt Einstellung des Betriebes der Metallschmelze auf der Diener Straße. Durch Bericht wird die ganze Straße mit giftigen Dämpfen verpestet.

Stadt. Dr. Wagner (D. Vo.): Wie kann die Antragstellerin so leicht über die Beschäftigungsfrage der Arbeiter hinweggehen? Beschäftigungen wie die gehördeten lämen auch in anderen Straßen vor. Der Betriebsrat der Metallschmelze habe sich gegen die Schließung der Fabrik gewandt.

Stadt. Bandmann (Soz.): Wenn die Darstellung der Berichterstatterin zutrifft, müssen die Stadtverordneten auf Abhilfe des Nebstandes bedacht sein. Was kann aber getan werden? In Frage kommt die Konzessionsentziehung. Der Betriebsrat hat sich dagegen ausgesprochen. Erwogen muss nun werden, welches das kleinere Übel ist, die Schließung oder die weitere Belästigung der Einwohner durch die Dämpfe. Es ist daher notwendig, weitere Ermittlungen anzustellen und den Antrag dem Ausschuss V zu überweisen.

Stadt. Ammon (Komm.): Der Betrieb kann anderswo wieder aufgebaut werden.

Stadt. Nolte (Tr.): Solange die Firma die von der Stadt gefestigten Bedingungen erfüllt, ist nichts zu machen. Selbst wenn dies nicht nicht der Fall ist, muss die Angelegenheit noch zum Gegenstand eines Prozesses werden.

Stadt. Kapfe (Komm.): Der Betriebsrat hat seine Unterschrift ohne Genehmigung der Belegschaft gegeben. Der Regierungspräsident habe die Schädlichkeit der Gase bestätigt.

Die Vorlage wird dem Ausschuss V überwiesen.

Hierauf Schluss der öffentlichen Sitzung.

Geschäftliches.

Kleine Breslauer Nachrichten.

* Fleischhermeister Beurich, Hubenstraße, teilt uns zu der Notiz vom Donnerstag mit, er sei am Sonntag verreist gewesen, also müsse es ein anderer gewesen sein, der die Postzeit gegen die Spielzeit anties, die lärmige Wähler wecken. Er habe diese Handlung jedenfalls nicht begangen.

* Die Rechen und Zahlstelle IV des Arbeiternachweiszamtes Siebenhüener Straße 83 (Zahlstelle für Metallarbeiter usw.) wird am 26. Juni nach Lorenzgasse 30 verlegt und vom 28. Juni an in Betrieb genommen.

* Die Abfertigung der Reisenden an der Bahnhofsperrre kann wesentlich beschleunigt und vereinfacht werden, wenn jeder Reisende seine Fahrkarte an der Bahnhofsperrre persönlich vorzeigt. Durch Anhänger sollen die Reisenden in großen Lettern jetzt bei Beginn der Reisezeit dazu angehalten werden.

* Die Kreisjugendpflegeeinrichtung, Frau Jander, hat ihre Mädchensjugendheim nach den Räumen des ehemaligen Lehrerinnenseminars Sprudelstraße 6/8, erster Eingang an der Herderstraße, verlegt. Jeden Montag: Singen und Liedern, jeden Mittwoch: Versammlung junger Mädchen, Spielen, Singen, Vorträge, jeden Donnerstag: Turnen in der Turnhalle Arletzstraße (Frauenberufsschule), jeden Freitag: Turnen in der Turnhalle des Lehrerinnenseminars Sprudelstraße 6/8. Zu allen Veranstaltungen, insbesondere auch zu den Turnabenden, sind junge Mädchen herzlich eingeladen. Alle Veranstaltungen beginnen abends 8 Uhr.

* Einen Weinbrand erlitt am 23. Juni gegen 2,10 Uhr nachmittags ein hiesiger Kaufmann durch Sturz von seinem Fahrrad auf der Herder-, Ecke Lohmgrubenstraße. Er wurde nach Anlegung eines Notverbandes in seine Wohnung geschafft.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
Bezirksleitung Breslau (Land)-Neumarkt.

Kreisanordnung.

Die Ortsgruppen nehmen geschlossen am Sonntag, 27. Juni, an der Gaugründungsfeier teil. Der Abmarsch der einzelnen Ortsverbände hat so rechtzeitig zu erfolgen, daß sich die Züge an die Breslauer Abteilungen anschließen können.

Abteilung III.

Zur Gaugründungsfeier hat die gesamte Abteilung Sonntag, den 27. Juni, mittags 12 Uhr, in Breslau, Flurstraße, an der Post, zum Abmarsch bereitzustehen.

Die Kameraden welche zu Fuß gehen, treffen sich 11 Uhr 20 Minuten an der Straßenbahn in Rothkreischem.

Die Kameraden, welche mit der Bahn kommen, müssen bestimmt Punkt 12 Uhr zum Abmarsch an der Flurstraße (Postamt) bereit stehen.

Abteilung IV West.

Das der Abteilung West zustehende Kreistreffen findet nicht am 11. Juli in Klein-Gandau, sondern am 18. Juli in Klein-Waisenitz statt. Nähere Anordnungen und Einladungen an die einzelnen Ortsgruppen werden noch bekanntgegeben.

Veranstaltungen in der Woche vom 25. Juni bis 4. Juli.

Sonntagnachmittag, den 26. Juni:

Ortsverein Neukirch, 8 Uhr abends bei Laugwitz in Neukirch: Monatsversammlung.

Sonntag, den 27. Juni:

Ortsverein Klein-Gandau und Umgegend. Alle Kameraden nehmen am Sonntag, den 27. Juni, an der stattfindenden Gaugründungsfeier geschlossen teil. Untreten vormittags 10 Uhr am letzten Heller.

Ortsverein Hartleben-Klettendorf-Krietern. Alle Kameraden nehmen am Sonntag, den 27. Juni, an der stattfindenden Gaugründungsfeier geschlossen teil. Untreten vormittags 11 Uhr bei Rosenberger. Spielleute haben ihre Instrumente mitzubringen.

Freitag, den 2. Juli:

Ortsverein Heermannsdorf, 7 Uhr abends bei Gabriel in Arnoldsmühle: Monatsappell.

Ortsverein Deutsch-Wilsa, 7½ Uhr abends bei Konrad in Deutsch-Wilsa: Monatsappell.

Ortsverein Tschernitz, 7 Uhr abends bei Scholz in Tschernitz: Monatsappell.

Ortsverein Schöna, 7½ Uhr abends bei Rau in Schöna: Monatsappell.

Sonntagnachmittag, den 3. Juli:

Ortsverein Groß-Mochbern, 8 Uhr abends bei Schreiter in Groß-Mochbern: Monatsappell.

Ortsverein Klein-Sägewitz, 7 Uhr abends bei Seidel in Radmanitz: Monatsappell.

Ortsverein Herrenpösch, 8 Uhr abends bei Maslos in Herrenpösch: Monatsappell.

Ortsverein Rosenthal, 7½ Uhr abends in dem Tal „Zur Schwarzen Eule“ in Rosenthal: Monatsappell.

Ortsverein Steine, 8 Uhr abends bei Grocholl in Steine: Monatsappell.

Ortsverein Schmölln, 7½ Uhr abends bei Raditz in Schmölln: Monatsappell.

Ortsverein Ober-Stephansdorf, 8 Uhr abends bei Flechner in Nieder-Stephansdorf: Monatsversammlung.

Sonntag, den 4. Juli:

Ortsverein Tschernitz, 2 Uhr nachmittags bei Schleske in Schweidnitz: Monatsversammlung.

Ortsverein Katzen, 3 Uhr nachmittags bei Scholz in Katzen: Monatsversammlung.

Aller Kameraden wird es zur Pflicht gemacht, an den vorbeschriebenen Kreisanordnungen, Abteilungsbefehlten und Monatsversammlungen teilzunehmen. Der Bezirksleiter.

Ortsgruppenvorstande!

In wenigen Tagen endet das 2. Quartal. Es ist nun Pflicht aller Ortsgruppenvorstände, dafür zu sorgen, daß sofort nach Quartalsende die Abrechnung fertiggestellt und an den Bezirk eingefordert wird. Wo infolge der Arbeiten zum 30.6. entsteht die ordnungsgemäße Durchfassierung der Mitglieder unterblieben ist, muß das auf alle Fälle jetzt am Ende des Monats immer in den ersten Tagen des Juli sofort nachgeholt werden. Es ist besonders wichtig, daß in jedem ersten Beitragsquartal alle Partheigenossen und Genossinnen restlos erfaßt werden, um so wenig als möglich Restanten zu haben, weil es sonst später schwer ist, nachzukommen. Also sofort nachprüfen, wo noch Restanten sind, dann dieselben aufzufinden und gewissenhaft klassieren, dann aber sofort die Abrechnung fertig machen und einsenden. Bis 15. Juli müssen alle Ortsgruppen mit dem Bezirksvorstand abgerechnet haben. Selbst dann, wenn in dem einen oder anderen Ort man noch einige Restanten hat, darf davon nicht gewartet werden. Bis zu diesem Termin müssen wir alles zusammen haben. Es ist wichtig jedes Ortsgruppenvorstandes, dafür zu sorgen, daß nicht durch Nachlässigkeit die notwendige Abrechnung verzögert wird.

Der Bezirksvorstand.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 23. Juni.

Der Auftrieb betrug: 1033 Rinder, 2383 Schweine, 1188 Schafe. Überstand vom vorigen Markt waren: 7 Rinder, 2 Schweine, — Rinder, 100 Schafe.

I. Rinder.	Es wurde gehobt für 50 Altkrämer Lebendgewicht:
a. vollfleische, ausgemästete kräftige Schlachtrinder, die noch nicht gezogen haben (ungelöst).	51-54
b. vollfleische, ausgemästete, im Alter von 4 bis 7 Jahren	46-51
c. junge fettige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	40-45

II. Büffel:	Lebendgewicht:
a. vollfleische, ausgewachsene, kräftige Schlachtrinder	53-56
b. vollfleische, jüngere	47-52
c. mögliche genährt junge und gut genährt ältere	42-46

III. Schafe:	Lebendgewicht:
a. Vollschafe:	48-52
b. ältere Wollschafe geringer Wollmäntel	41-47
c. mittlere Woll- und beste Saugländer	32-39
d. geringeres Saugländer	48-53

IV. Schweine:	Lebendgewicht:
a. Hellschweine über 150 kg (3 Jahre) Lebendgewicht	72-73
b. vollfleische Schweine über 120-150 kg (240-300 Pfld.)	73-71
c. " 100-120 kg (200-240 Pfld.)	68
d. " 80-100 kg (160-200 Pfld.)	68
e. Sauen und geschlachte Eber	58-66

Ausfuhr nach Oberschlesien: 100 Rinder, 111 Schweine, 18 Schafe. Ausfuhr nach Westpreußen: 57 Schafe. Ausfuhr nach Süddeutschland: 109 Schafe. Ausfuhr nach Berlin: 7 Schafe. Überstand nach anderen Märkten: 7 Schafe.

Obige Preise sind Breslauer Marktpreise, nicht Stadtpreise der Propinz. Die zwischen beiden liegende Spanne ist bedingt bei dem Breslauer Markt durch die notwendigen Handelspeisen für Frisch-, Kurz-, Butter- und Verarbeitungsgebühren. Umfangreicher Handel wird ergl., sowie durch den unvermeidlichen Gewichtsverlust vom Stad zum Markt.

bringen wir Ihnen Beispiele von den Preisen unseres diesmaligen sensationellen Saison-Ausverkaufs!
Sie werden staunen!

centawer GM BH

BRESLAU = SCHMIEDEBRÜCKE 7-10

Zurückgekehrt

Son-Rut Hamburger.

Gebäude elegante

1291

Stadt u. Hof

H. Mohaupt

Reichstraße 1, I. Tel. R. 1301

sofort übertragbar

1420

Anna Landskron

Gebäude elegante

1291

Geschäfts-Eröffnung!

Zur gefälligen Kenntnis, daß ich

Sonnabend, 26. Juni, ein

Fleisch- u. Wurstgeschäft

eröffne. Es wird mein Bestreben sein,

gut und billig zu sein.

Um gütigen Zuspruch hofft Partei-Genossin

Fr. Anna Stenzel

Adlerstraße 6.

13416.

Gute und sehr billige

Romane und

Erzählungen

finden Sie hier in der

Volkswahl-Bibliothek

Antiquariat

Sreslau III, Neue Grünstraße 5/7.

TOD

DEN WANZEN

UND ALLEN ANDEREN

UNGEZEIFER

D. W. R. C. M.

ATLAS

MERZE

Wien 1890

Wien 1891

Wien 1892

Wien 1893

Wien 1894

Wien 1895

Wien 1896

Wien 1897

Wien 1898

Wien 1899

Wien 1900

Wien 1901

Wien 1902

Wien 1903

Wien 1904

Wien 1905

Wien 1906

Wien 1907

Wien 1908

Wien 1909

Wien 1910

Wien 1911

Der Doppelmord bei Kudowa aufgeklärt.

Der Bruder als Mörder der Schwester. — Selbstmord des Täters.

Die Bluttat in Neu-Sadisch bei Kudowa hat eine überraschende Wendung genommen, die mit großer Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß nicht ein Fremder, sondern der 17jährige Bruder Josef seine Schwester Maria aus Blutgier ermordet und dann seinem Leben ein Ende gemacht hat.

Die Spuren, die zu dieser Aufklärung führten, sind folgende: Im Mordhause wurden

einige verdächtige Funde

gemacht, die darauf schließen ließen, daß eine Person, die unter dem Zwange abnormaler Blutgier stand, im Hause weilen müsse. Auf dem Boden stand man eine tote Kugel im verwesten Zustande und in einer Mardersfalle eine noch lebende Kugel, die man aus Freude am Quälen dort eingepferkt hatte. Weitere Nachsuchungen ergaben, daß der Bruder Josef eine offensichtliche Neigung zu Tierquälereien hatte. Aus diesem Umstand und den weiteren, daß das hinter Kleidungsstücken verborgene gehaltene Teufing unmöglich von einem Fremden hätte gefunden werden können und daß der Schußkanal beim Jungen einen ungewöhnlichen Verlauf aufwies, ließ sich

der wahrscheinliche Tatbestand rekonstruieren:

Aus Schlesien.

Gautag der Arbeitsinvaliden.

Am Sonntag, den 20. Juni, hielt der Gau Schlesien des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands seinen Gautag in Grünberg ab. Der Tagung selbst ging am Sonnabend eine öffentliche Versammlung in der Stadthalle in Grünberg voraus, in der Kollege Möhle ein beißig aufgenommenes Referat über Kostenkämpfe im Reichstag hielte. Am Sonntag begann die eigentliche Tagung, die mit einer Begrüßung durch Kollegen Böhm-Grünberg eröffnet wurde. Als Vertreter des Hauptvorstandes nahm Kollege Möhle teil, außerdem waren 60 Orte durch 44 Delegierte und 15 Gäste vertreten.

Den Weigauer- und Rauschbericht gab Kollege Beier-Breslau. Der Bericht wurde nach einigen Ausführungen und dem Bericht der Rekordoren abgeheissen. Mit entnehmen daraus, daß der Gau sich gut entwickelt und jetzt rund 4500 Mitglieder zählt. Es wurde dann ein Gaustatut beraten und nach einigen Aenderungen angenommen.

Im Gemeinder findet der dritte Verbandstag in München statt und hat Schlesien zu diesem zwei Delegierte zu entsenden. Aus der Wahl zum Verbandstag gingen mit Stimmenmehrheit Kollege Hoffmann-Pfeifer und Sieber-Görlitz hervor. Als Erzähler wurde Böhm-Grünberg und Wittig-Fellhammer gewählt. Es wurden dann die zum Verbandstag gestellten Urteile beraten. Im Anschluß daran hielt Kollege Möhle ein gut durchdachtes Referat über Reichsdeutsch. Seine lehrreichen Ausführungen wurden von allen Anwesenden dankbar begrüßt, und der Wunsch geäußert, öfters solche Vorträge zu veranstalten.

Als Tagungsort des nächsten Gautages wurde Waldenburg gewählt. Um 5½ Uhr erreichte nach einem Schlafwort des Kollegen Beier und des Kollegen Kühn-Oppeln die Tagung ihr Ende.

Nun, Ihr der Bewegung noch fernstehenden Invaliden, schließt euch eurer Organisation an, denn nur vereint ist auch der Schwache mächtig. Auskunft erteilt der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Breslaus, Margaretenstraße 17, Zimmer 75.

Zu „Ungezüglichkeiten am Wahltag“.

Der Führer des „Stahlhelms“ in Carlowick bekleidete am Wahlsonntag mit einem Trupp seiner Jünglinge, bewaffnet mit Gummiknüppeln, er mit einem Revolver versehen, das Wahllokal. Die Mitglieder des Stahlhelms belästigten einige Wähler, sowie anwesende Reichsbannerleute. Sie fuchtelten mit ihren Gummiknüppeln in der Luft herum, was mit Recht von allen anständigen Menschen als eine Provokation betrachtet werden mußte. Man verbirgt sich derartige Rüpelheiten, jedoch vergeblich. Der hinzugezogene Oberlandjäger Schwarzer nahm die Rüpel die Mordwerkzeuge ab, desgleichen auch dem Stahlhelm-

Josef Gebauer wird in der Schwesenheit seiner Eltern Lust bekommen haben, seiner Blutgier zu fröhnen. Mit einem scharfen Messer schnitt er zunächst dem Huhn und den beiden Ziegen die Kehle durch. Dann stakste er sich, getrieben von seinem ausgeweiteten Blutdurst, in den Keller, um über die dort weilende Schwester Marie herzufallen. Es entpann sich ein kurzer Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer, auf den die Schnittwunden an den Handflächen des Mädchens hindeuten. Dann wurde auch das Mädchen durch einen Stich in die rechte Halsseite getötet.

Der weitere Ablauf der schauerlichen Ereignisse führte zu dem Selbstmord des von Gewissensbisse gepeinigten Jungen.

Er versuchte durch das Abreißen des Schlüssels eine von Fremden verübte Gewalttat vorzutäuschen. Dann legte er sich auf Bett, nahm das Teufing, legte die Waffe auf die obere Bettkante, den Lauf auf die rechte Stirnseite gerichtet und löste mit dem Daumen der rechten Hand den Abzug aus.

So der durch die Indizien rekonstruierte Tatbestand, für den alle Wahrscheinlichkeit spricht. Es ist nicht zu zweifeln daran, daß weiteres Material dieser Aufklärung des ebenso schauerlichen wie eigenartigen Verbrechens bestätigen wird.

Führer Guder, der im Wahllokal als Beißiger (!) fungierte. Eine Frage möchten wir uns hier nur erlauben, seit wann ist es erlaubt, daß Wahlbeißer für Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit mit Mordinstrumenten ausgerüstet sind, so wie es bei dem Herrn Guder der Fall gewesen ist? Wenn es zu größeren Ausschreitungen nicht gekommen ist, verbauen es diese Rüpel allein der Disziplin der arbeitenden Kreise. Wir erwarten, daß dieser Stahlhelmführer Guder nicht noch einmal als Wahlbeißer berufen wird, da bei diesen Leuten von Objektivität keine Rede sein kann.

Domslau. Versammlungsterror. Am 19. Juni fand in Domslau eine deutschationale Wählerversammlung statt. In deren Verlauf ging es zeitweise etwas stürmisch zu. Der Assistent Hauke vom Dominium Domslau zog sogar eine Pistole. Dovowki, der unanständige Landjäger wiederum von den Versammlungsteilnehmern aufgefordert worden ist, dem Mann die Waffe abzunehmen und festzuhalten, ob er überhaupt im Besitz eines Waffenschmiedes ist, kam er der Aufforderung nicht nach. Wäre in dieser Versammlung irgend etwas geschochen, so wäre unseres Erachtens der Landjäger Kope wesentlich mit schuldig daran. Der Herr Landrat wird sich mit diesem Fall einmal beschäftigen müssen.

Neusalz a. O. Sieben Soldaten durch Blitze geschlagen getötet. Bei einem Gewitter in der Gegend von Neusalz a. O. schlug der Blitz in eine Funktion einer Nachrichtenleitung der Reichswehr, wobei sieben Soldaten im Aufnahmeraum getötet wurden. — Bei Landsberg a. W. wurde die Frau eines Landwirts auf dem Felde vom Blitz erschlagen.

Görlitz. Vergiftungsnetz zu eines jungen Mädchens. Vor dem Hause Berliner Straße 46, in dem sich das Automobilhaus Schlesinger befindet, wurde am Mittwoch früh in der vierten Stunde eine junge Kontoristin bestimmtlos aufgefunden. Ein Arzt stellte schwere Vergiftungserscheinungen fest. Das unglückliche Mädchen, das den Selbstmordversuch aus Liebeskummer gemacht haben soll, wurde ins Krankenhaus gebracht. Es ist noch sehr fraglich, ob sie am Leben bleibt wird.

Raunau. Erfroerner Schacht. Im Gumpertshacht erfolgte ein Wasserdruckbruch. Den Arbeitern gelang es, die dort beschäftigten Bergleute von der Gefahr zu verständigen, so daß sich diese in Sicherheit bringen konnten. Werkzeuge, Oberleiter, Uhren und Rückläufe muhten sie zum Teil zurücklosen. Der Schacht steht nun vollständig unter Wasser, und es dürfte wohl ein halbes Jahr vergehen, ehe er wieder befahren werden können. Die ohnedies schon große Arbeitslosigkeit wird durch diese Naturgewalt immer noch größer.

Wenn jeder Leser einen neuen Leser wirbt, ist die Auflage unserer Zeitung verdoppelt!

Aus dem Kreise Nimpfösch.

Abstimmungsergebnisse aus dem Kreise.

Dt.	Wahlzeit abgegeben tagte	Gesamtzahl abgegeben	Ja	Nein	Ungültig
Nimpfösch	1452	401	384	8	9
Ronau	377	112	97	7	8
Klein-Jenisch	240	110	103	6	1
Schmidendorf	172	108	98	8	2
Senitz	304	108	156	8	4
Heidersdorf	1057	274	257	12	5
Langenöls	573	276	258	10	8
Gleinitz	28	237	26	—	—
Silsibz	251	133	130	2	1
Siegroth	327	84	78	1	5
Trebnig	233	—	—	—	—
Petersdorf	333	—	—	—	—
Göllschau	496	325	312	11	2

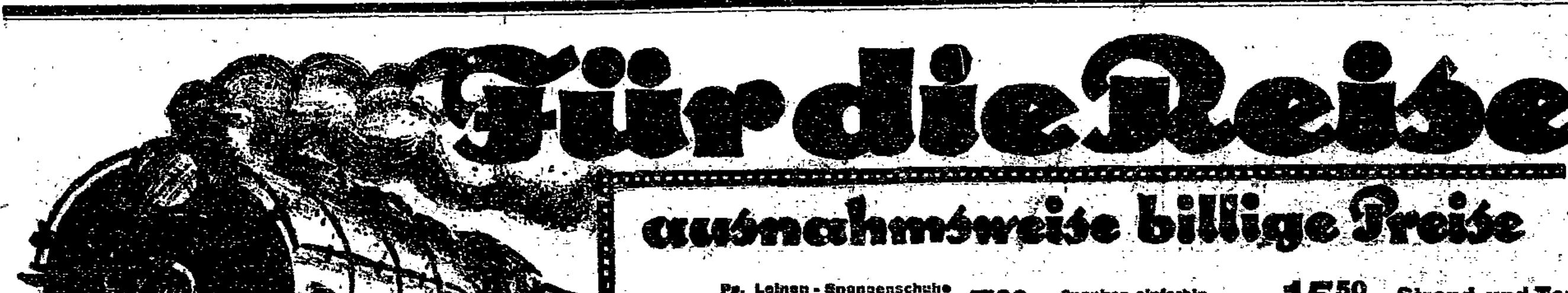
Der Wahltag.

Die Beteiligung war, wie in einer Kleinstadt vorauszusehen, gering. In den Vormittagsstunden von 8 bis 11 Uhr am spätesten, dann immer absteigender, bis sie sich in den späteren Nachmittagsstunden noch einmal erhöht. Für Nimpfösch ist die Stimmenzahl zufriedenstellend. Eintragungen für das Volksbegehren waren 272. Wohlhin gegen das Wahlergebnis eine Zugabe von 112 Stimmen. Bei den letzten Wahlen (Kreistagswahl am 29. November) belief sich die Stimmenzahl des SWD auf 377. Die alte Stimmenzahl ist somit gut gehalten. Der Terror in jeder Form war in den ländlichen Ortschaften natürlich in höchster Stärke. Petersdorf und Trebnig zeigen ein verdotes Zeugnis dafür ab. Herr von Chappuis-Groß-Wilau ist bald früh „mit Mann und Rob und Wagen“ zum Reit- und Fahrtturnier nach Jodlow gerfahren. Schweinhardt zeigt seine Freude beim Publikum wahrgenommener Agarierzähne, die eigene Notlage verlegen, Kontrôle der Wählertypen, häufig Ausstellen der Bekanntmachungen über das Ausliegen von Wählerlisten, Listenführung durch Angerjüngste oder jüngste Gewände, wodurch nichts würde außer oft gelassen, um dem „angelasteten Herrscherhaus“ das geforderte Vermögen zu erhalten. Die Antwort darauf kommt noch, meine Herren von rechts! Der höfliche Arbeitier ist langmütig und geduldig, aber selbst der Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird! Auch im Nimpfösch Wahllokal hatte die bekannte Stahlhelmskanone, Herr Wolf, mit einem seiner Getreuen Posten gesetzt, um jeden Wähler sein häuerlich nach Vor- und Zusamen, Stand- und Wohnort zu notieren. Um so länger wurde nach Schluß der Wahlhandlung kein Gesicht und um so vermöderlicher zu sein die Augenlider, als durch den Wahlbeamten die Liste für beschlagnominiert erklärt wurde. Und all die Proteste und Belästigungen, man habe doch eine Liste nur ganz privat, ganz zum eigenen Vergnügen, so ganz für sich, um sich abends im Kämmerlein daran erholen zu können, angelegt, nützen nichts. Die Liste blieb beschlagnominiert! Zu was hatte man nun eigentlich den ganzen Tag die „Schlesische Tapete“ und den „Eisernen Mann“ von Stromerick gelezen. Die Liste ist beschlagnominiert! Und herhaft klamm es hinter dem Abziehenden her: „Von Tausend, Güste, bist du aber blamiert!“ — Nur die Lehre des Wahlzangers! Die Rechte des deutschen Staatsbürgers sind in unerhörter Weise vergewaltigt worden. Das Wahlgeheimnis ist in keiner Weise gewahrt worden. Feder Gang zur Wahlurne ist ein Spießturneraufwand gewesen. Wie Uchtung jedoch vor denen, die ungeachtet ihrer wirtschaftlichen Stellung ihrer Wahlpflicht genügt haben. Wie überall haben uns am meisten geschadet die Erklärungen der Katholischen Geistlichkeit und die Intransigenz der Demokraten. Den Kampf haben nur wir geführt. Ein Angriff abgeschlagen worden. Doch ist keine Feindschaft auf den ersten Sturm gefallen. Am wenigsten die der Monarchisten. Aber sie wird und muß fallen!

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Lobeltheater. Heute und täglich bis einschließlich 30. Juni: „Reichardt von Graisenau“, Schauspiel von Wolfgang Goetz. Am 30. Juni schließt die Spielzeit 1925/26. Die Eröffnung der neuen Spielzeit 1926/27 erfolgt am 4. September, und zwar im Lobeltheater mit Bernhard Shaw's Komödie „Mensch und Uebermensch“ in der Inszenierung des Intendanten Paul Barnay, im Thalia-theater mit „Maria Stuart“ in der Inszenierung von Ernst Reiche.

Schauspielhaus. Heute Freitag die vorläufige letzte Aufführung der erfolgreichen Operette „Annemarie“ Sonnabend, zum ersten Male: „Die verlaustete Frau“ von Walter Kollo. „Die verlaustete Frau“, die unter anderem in Berlin allein über hundert Aufführungen erlebt, gehört zu den besten Werken des populären Komponisten Walter Kollo. Sonntag, nachmittags, der groß. Heiterkeitserfolg „Lene, Lotte, Nelly, Sophie“ Sonntag abend und die folgenden Tage: „Die verlaustete Frau“



Ps. Leinen - Spangenschuhe mit franz. Absatz, in weiß, grau und mode 590

Prinz weiß Leinen - Schnuerschuhe mit amerik. Absatz und Gußeinsteck 390

Braun Chevrons-Zugschuhe mit amerik. Absatz

Braun Chevrons - Spangeschuhe; schwarz Wildleder, Zugschuhe m. Lackgarnit, franz. Absatz

Mode u. blond Zugschuhe, grau und beige Spangenschuhe, rohrende Modelle

Federfarb. echt Chevrons-Zug- und Spangenschuhe, sehr hoch u. elegant, besonders gute Verarbeitung

1150 1250 1650 875

1550 1050 1450 1950

1050 1350

1350

Openen einfärbig geflochten

Herren schwarz Rindbox-

Schnuerschuhe, weiß gedoppelt, moderne Form,

Herren braun Boxkett-

Schnuerschuhe, mod. Aus-

führung, Rindlederherst.

Herrn - Lask - Schnuerschuhe, weiß gedoppelt

Braun - Spangens - Toecap-

stiefel, weiß gedoppelt, Putzen grünlich, Lascie

1550 1050 1450 1950

1050 1350

1350

Strand- und Tennischuhe zum Schnüren, mit roter Gummidicke

590 690

Damen 690

In Spange, mit Chromzelle 625

Damen 625

Leder-Reiseschuh mit Ledersohle

390

Na-Kraut und leinfärbig Krokoleder

425 425

Damen 425

Na-Kraut

Gewerkschaftsbewegung.

Die Executive der Bergarbeiterinternationale

nahm in der Schlussung am Donnerstag den deutschen und englischen Rundbericht entgegen. Coal, der für den britischen Bergarbeiterverband referierte, hörte die Entwicklungen, die sich im Hinblick auf den Arbeitsmarkt im Bergbau in den letzten Wochen vollzogen haben. Eine Verstärkung mit den Unternehmen sei wegen ihrer Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit unmöglich. Die Situation sei im gegenwärtigen Zeitpunkt isoliert, als Regierung u. d. Unternehmen an einem Strang ziehen. Die von der Regierung geplanten Maßnahmen hätten nur zur Folge gehabt, die Bergarbeiter widerstandswilliger zu machen. Die Versuche der Unternehmer, Streikbrecher mit hohen Löhnen anzuwerben, seien abgelehnt. Von zwei unbedeutenden Fällen, völlig mißlungen. Mehr zu fürchten sei der wachsende Import ausländischer Kohle nach England. — Suze ma erholte den deutschen Bericht und hörte, es könne keine Rede davon sein, daß die deutschen Bergarbeiter von dem Streit profitieren. — Der Präsident des britischen Bergarbeiterverbandes, Smith, führte aus, daß bei der künftigen Entwicklung der Kohleförde die Einfuhr amerikanischer Kohle wachsende Bedeutung erhalten werde.

Es wurde schließlich und zwar einstimmig, eine Entscheidung angenommen, in der das internationale Bergarbeiterkomitee den Erfolg für die geleisteten Bemühungen, um den englischen Bergarbeitern finanziell und moralisch Unterstützung zu leisten, anerkennt. Die Resolution führt vorlich fort: „Das Internationale Bergarbeiter-Komitee betrachtet die Einfuhr von Kohle aus anderen Ländern als eine der wichtigsten Fragen zur Niedrigstellung der Bergarbeiter. Es betrachtet den Versuch der britischen Regierung, die Arbeitszeit zu verlängern, als eine ernste Bedrohung der Interessen aller Bergarbeiter sowie der Arbeiter aller Berufe. Das Fehlen dieses Versuches würde erste Folgen für den internationalen Kampf zur Verkürzung der Arbeitszeit haben. Es beschließt das Komitee, unverzüglich in allen Ländern alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Produktion von Kohle zu dem angeführten Zweck zu verweigern. Es beschließt ferner, den britischen Bergarbeitern in ihrem Kampfe gegen die Niedrigstellung ihrer Lebensbedingungen weitgehende finanzielle Hilfe zu leisten.“

Der Weltwanderungskongress.

London, 26. Juni. (Eigener Druckschrift.) Der Weltwanderungskongress setzte an seinem dritten Verhandlungstage die Ausprache über die Rechte fort. Zunächst sprach der russische Sozialrevolutionär, die Beziehungen der russischen Emigranten, von denen eine Million in der Welt verstreut jeder Wille preiszugeben lebte. Richter-Destrier betont, daß trotz der ungünstigen Beziehungen, in denen sich Österreich befindet, Vorsorge getroffen sei, daß kein österreichischer Arbeiter, der auswandere, zum Lohndeuter im Einwanderungslande werde.

Dann erhält der Vertreter des südostasiatischen Gewerkschaftsfundes, Lazar Kav, als einziger Sprecher des ostasiatischen Kontinents das Wort. Er führt aus: Die Auswanderung aus Indien sei in der Vergangenheit hauptsächlich in der Form der Kontrollarbeit erfolgt, welche nicht mehr von Sklaverei entfernt sei. Auf diese Weise seien Millionen ausgewandert. Das Hauptproblem, dem sich Indien heute gegenüberstellt, sei das Schicksal dieser Millionen, welche unter falschen Voraussetzungen das Land verlassen hätten und in Einwanderungslande friedliche Bürger geworden seien. Für sie müsse Gleichberechtigung gefordert werden. Die bereits ausgewanderten Vorfahren würden von den Einwanderungs ländern heute unter allen möglichen Vorwänden ausgewiesen, und während das geschehe, würden die europäischen Regierungen ihrerseits diese Länder, die weichen Arbeiter in ihr Land aufzunehmen. Das müsse natürlich zu katastrophalen Folgen führen. Der Redner warnte vor den Folgen einer solchen Politik.

Wilson-Neuseeland betont, daß in Neuseeland keine Schwierigkeiten zwischen den eingewanderten Weißen und der Überbevölkerung, den Maori, entstehen. Es hätten sich aus dem Zusammenleben lediglich Vorteile ergeben. Der spanische Vertreter Ribas macht die interessante Feststellung, daß sich in Südamerika, in Chile, Uruguay und Brasilien in wachsendem Maße die Tendenz bemerkbar mache, sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund anzuschließen. Der australische Delegierte Kittin stellte fest, daß die australischen Gewerkschaften ausländische Arbeiter aufgenommen hätten, es habe sich jedoch gezeigt, daß die eingewanderten Arbeiter reaktionär seien. Der belgische Delegierte Mader verlangt die Errichtung von Auswanderungsämtern auf partizipativer Grundlage. Diese Aender sollten die Anträge der Unternehmen, welche Arbeiter ins Land zu bringen wünschen, prüfen. Die Prüfung solle dann das Internationale Wanderungskomitee gegründet werden.

Damit war die Generalversammlung abgeschlossen. Auf Vorschlag von Jouhaux, der am Donnerstag den Vorsitz führte, erfolgte die Wahl der Mitglieder der Kommission, welche die endgültige Formulierung der Entschließungen vornehmen soll.

Verbandstag der Buchdrucker.

Die heutige Befreiungssatzung.

Der Verbandstag trat nach der Schlussrede der zahlreich eingegangenen Begrüßungsreden ein in die Ausprache über den gestern gegebenen Geschäftsbericht. Zu der organisatorischen und agitatorischen Tätigkeit des Betriebsvorstandes erklärte sich die meiste Diskussionsredner in zusammenfassender Form. Ein großer Teil der Vormittagsrede nahm

der Verbandsvorstand

einen Platz ein. Redner äußerten vorwiegend darüber, daß die vorausgehende Begrüßungsrede ganz erfreut überzeugt worden sei. Schweiniß legte eingehend dar, daß die Befreiung des Baues auf unvorhergesehene Hindernisse des Kapitalistes und die Schaffung desselben durch die Gewerkschaften zurückzuführen sei.

Der allgemeine befürchtete, daß die außerordentlich geforderte Distanz hauptsächlich auf terroristische und kommunistische Fragen sowie auf die Tätigkeit der Fackelpartei. Die Mitteilung, daß als Gäste des Verbandstages die Gewerkschaftsbeamten und Hilfsbeamte eingetragen sind, wurde von den Delegierten mit großem Beifall aufgenommen.

Ende des ersten Verbandsberichtes.

Der letzte Teil des ersten Verbandsberichtes wurde mit der Erfüllung des Schrift- und Buchdruckers ausgestattet. Der Verbandsvorstand, Seitz, rief auf den nächsten Verhandlungstag einen Bericht hin und erläuterte die Verhandlungen als Zeichen des geschäftlichen Wohlstandes. Die Arbeitszeitzahl war während der Kriegsjahre von 40 000 auf 28 000 abgesunken; heute ist der Arbeitszeitstand wieder auf 30 000 angestiegen. Das ist der tatsächliche Zustand der Gewerkschaften. Der Verbandstag schloß mit einer Abstimmung ab, ob die Gewerkschaften die Arbeitszeit auf 28 000 zu erhöhen oder auf 30 000 zu senken. Das ist inzwischen geschehen, da im Jahre 1923 die Gewerkschaften zu diesem Zweck vereinbart waren, im Jahre 1924 begannen wir dies mit 1925 zu tun.

Die Gewerkschaftsbewegung kann für die Gewerkschaften nicht genug danken. Das ist eine sehr wichtige Sache.

Der soziale Koeffizient für Maschinenleiter von 7½ auf 20 Brutto, der der Koeffizienten von 8 auf 7 Prozent. Die Kostensteigerung der Unternehmen wird durchweg zurückgewiesen worden. Dieser ist der gemeinsame Koeffizient der Kollegenschaft

deckte sich auch in dem guten Verhältnis zwischen Sparten und Verbandsvorstand aus. Handelsvereinigungen sind nicht im Interesse des Verbandes gelegen, und man sollte mit der jüngsten Gründung darüber, wo sie eine organisatorische Notwendigkeit sind. Den Kassenbericht erhielt der Kollege Schweinitz. Das Verbandsvermögen ist seit dem 1. Januar 1924 von 47 498 Goldmark bis zum 31. März 1926 auf 3 877 871 Goldmark angewachsen. Dieser Erfolg ist auf den Hamburger Vertrag zur Stärkung des Verbandsstandes zurückzuführen. Das Unterstützungsgebot konnte so unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse wieder ausgebaut werden. In der Berichtszeit ist auch das Verbandshaus fertiggestellt worden. Der Bau war mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Bei einer Befreiung von 80 Unternehmen kein Wunder, daß Termintreue kostspielig überholte wurden. Durch die Verkürzung des Materials sowie nicht vorgesehene Erweiterungen des Baues sind die Kosten dafür auf 31 Millionen Mark angewachsen.

Eine im Anschluß hieran vorgenommene Besichtigung des Verbandsbaus zerstörte manche Bedenken und erwirkte die uneingeschränkte Anerkennung und Bewunderung. Eine Besichtigung des Flughafens auf dem Tempelhofer Feld schloß sich an.

Der zweite Vorsitzende, Genosse Krauth, gab die Stellungnahme des Verbandsvorstandes zu den Anträgen bekannt, in denen durch Saalungsänderungen eine Vergrößerung der Delegiertenzahl zum Verbandszuge sowie die Fortsetzung des Industrieverbands für das graphische Gewerbe gefordert werden. Er beschreibt besonders eingehend

die Frage des Schaffens des Industrieverbands, gegen den der Verbandsvorstand im Prinzip sich nicht wendet. Die Fassung des gesamten Verbandsvorstandes geht jedoch dahin, daß bei der Eigenart des gekennzeichneten Gewerbes, vom rein praktischen Standpunkt aus gesehen, die Schaffung eines einzigen Industrieverbands zurzeit nicht zweckmäßig sei. Sie würde sogar eine Schwächung der Schlagkraft der Berufsorganisation bedeuten.

Alle Diskussionsredner, die here kamen, bestanden hauptsächlich diese wichtige Frage. Die meisten Redner oder teilten die Auffassung des Vorsitzenden, daß man in dieser so sehr bedeutungsvollen Frage noch keine Zwangsbeschlüsse fassen sollte, sondern die Dinge mit der Entwicklung in den nächsten Jahren erst austesten lassen sollte.

3. weiter Verhandlungstag. (Nachmittagssitzung.)

Söldner-München gab den Bericht der Mandatssitzungskommission und empfahl dem Verbandstag, sämtliche Mandate für gültig zu erklären. Ein Protest gegen die Wahlen in Berlin veranlaßte die Mandatssitzungskommission, auszukreuzen, daß bei künftigen Wahlen auch in Berlin solche Unliebsamkeiten vermieden werden möchten. Gegen eine Stimme wird demgemäß beschlossen.

In Fortsetzung der Debatte zum Geschäftsbericht wird von allen Rednern die Tätigkeit des Verbandsvorstandes anerkannt und zum Ausdruck gebracht, daß heute das Verhältnis zwischen Mitgliedern und Verbandsvorstand ein weit erfreuliches sei als in früheren Jahren. Auch der gute Wille des Verbandsvorstandes ist positiv zu erkennen. Statt der bisherigen Kritik ist nun wieder den Bürgern nachgerückt Rücksicht in der Beurteilung aller Fragen und ein Redner doch

etwas mehr Schwung und Lebendigkeit

entfaltet zu sehen, weil wir dessen nicht entbehren können, sowohl uns als Vorbild für unsere Jugend zu dienen als auch zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben, die der Arbeiterschaft gestellt sind. Ein Antrag machte der Debatte zum Geschäftsbericht, an der sich 16 Redner beteiligt hatten, ein Ende.

Kollege Seitz erklärt in seinem Schlußwort, daß er sich der leichten und durchaus sachlichen Auseinandersetzung freue, daß aber allen Wünschen gegenüber gefragt werden müsse, daß ihre Verwirklichung weniger von dem puren Willen einzelner Personen als von den Verhältnissen abhängt. Die Kritik an dem faktisch erreichten halte er für vollkommen berechtigt und sie entspreche auch der Auffassung des Verbandsvorstandes. Der Tarif enthalte nicht mehr, als wir zu verlangen haben. Wenn aber die darin enthaltenen Rechtspositionen besser ausgestellt würden, dann könnten wir einen guten Schritt vorwärts. An Stütz gegenüber den Verbindern tariflicher Rechte habe es der Verbandsvorstand wohl nicht fehlen lassen. Wir haben den Achtstundentag im Tarif und mit der Kollegenschaft liege es, im tatsächlichen und gesetzlichen Sinne zu handeln. Der Verband gegen den Maternitätskampf sei gegen die technische Entwicklung. Auswüchse seien mit Unterstützung des Zeitungsverlegervereins verübt worden. Gegenüber jeder Kritik am Verbandshaus müsse betont werden, daß wir heute wahrscheinlich weder den Bau noch das Geld hätten, wenn wir statt der guten Konjunktur eine wirtschaftlich schlechtere Zeit gehabt und das Geld für Arbeitsaufsichtserfüllung hätten ausgeben müssen. Wir haben

einen Tarifbericht des Gewerbes

gehofft und damit den Willen nach fairem Fortschritt praktisch bewiesen. So werden wir auch in Zukunft weiter arbeiten. — Nachdem Kollege Schweinitz noch einige Erklärungen über fachtechnische Fragen gegeben hat, wird gegen eine Stimme beschlossen:

„Der 13. Verhandlungstag billigt die Tätigkeit des Verbandsvorstandes und spricht ihm das Vertrauen aus.“

Eine lange Debatte entfaltete sich noch über einen Antrag, der vom Verbandsvorstand fordert, die Sonderzulagenungen anlässlich unseres Jubiläums auch auf die Ausgesteuerten und Nichtausgesteuerten auszudehnen, und zwar für die Ausgesteuerten in der Steppe, in der sie ausgesetzt sind und für die Nichtausgesteuerten einschließlich mit 7 Mark. Dieser Antrag wird angenommen. Damit ist der erste Punkt der Tagessitzung beendet.

Der Deutschen Zentralverband der Landarbeiter auf dem Höhepunkt.

Was wird mitgeteilt: In diesen Tagen gibt der Deutschen Zentralverband der Landarbeiter ein Flugblatt heraus, um die Landarbeiter für die Deutschen Nationalen Organisationen zu gewinnen. Dieses Flugblatt steht von Geschicklichkeit und Rügens, um den Landarbeiter und Arbeiterrinnen klar zu machen, daß nur der Centralverband die tatsächliche Arbeiterschaft ist.

Der Centralverband ist der wahre Vertreter der Landarbeiter und Arbeiterrinnen. Es wird in diesem Flugblatt bestimmt, daß nur der Centralverband die Sache tragt, daß das Reichsarbeitsministerium den gefallenen Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt hat. Der Begehrung des Centralverbandes wird gezeigt. Der Antrag des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahrheit entsprach. Der Centralverband hat daher das Recht, die Verbindlichkeitserklärung des Centralverbandes der Landarbeiter auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches vom 13. April 1926, der unter dem Vorsitz des Richters für den Centralverbanden geführt wurde, ist gewiß erfüllt, weil nicht mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden konnte, daß die Aussage des Richters nicht der Wahr

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus ehemaliger Bevölkerung, für die wir nur die vorgegebene Bezeichnung übernehmen.

Die Redaktion.

Unveröffentlichter Haushaltswalter.

Zu dieser Notiz vom 8. Juni bittet uns Herr Wolff Hauptlehrer, Adolfstraße 7, auch seiner Entgegnung Raum zu gewähren: Die Mutterin Frau Horn, Adolfstraße 7, habe Antrag auf Stundung resp. Niederschlagung der Hausszinssteuer gestellt, was von der nachgehenden Behörde nicht vom 1. Februar, sondern erst vom 1. April bewilligt wurde. Infolgedessen habe er Frau H. im höflichen Ton schriftlich wie auch mündlich dieses mitgeteilt und um Erhaltung der rückständigen Rente gebeten; daß er geäußert hätte, sie wolle zum ersten Steigen, sei unwahr, da eine Rückerstattungsklage erst bei Gericht eingeleitet werden muß. Über die politische Zugehörigkeit der Frau H. habe er kein Wort gesagt. Er

sei auch nicht Mitglied des Stahlhelms. Als Invalidus gehöre er einer politischen Partei an, wohl aber sei er Mitglied des doch linksgerichteten Centralverbandes der Invaliden. Dass er bei einer alleinstehenden Frau (Parteigenossin) die Hausszinssteuer zu erzwingen versucht haben sollte, sei auch nicht wahr.

Nach dieser Erklärung darf man wohl annehmen, daß es sich auch hier, wie so oft, um einen Streit handelt, der in der heutigen Zeit seine Ursache hat und weniger in der persönlichen Einstellung des einen oder des anderen Teils.

Achtung, Kleingewerbetreibende!

Herr Stek (freudeutsch), Leiter der Kleinindustrie-Bank, G. m. b. H., Katharinenstraße, fordert in seiner freudeutschen Erinnerung, daß alle Arbeitgeber, natürlich nur marxistische, die den Willen der Arbeiter ihrer Kategorie zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen durchzuführen, wenn es sein muss, auch mit Streik ausnahmslos ins Juchthaus gehören, wenn nicht gar an die Wand gestellt werden sollen. Was sagt nun Herr Stek zum Vertor der vorwiegend ländlichen Arbeitgeber, seinen Bekanntschaften, die ihre Arbeiter auf die Straße leben wollen, wenn sie Geld zurückfordern darf oder nicht?

Ihres ehrlichen, verständnisvollen Gedankens Nachdruck geben, und folgendem Worte erhalten wollen? Siehe unten und oben! Wer geht eher ins Auswärts? Die Entrepreneure oder die Unternehmer? Dies kostet ein Kleingewerbetreibender, der auch schon Darlehen entnehmen mußte, zu einem Anteil, der dem üblichen Geldgeber nicht nachsteht, und sich diese elsteste Propaganda an-

Die letzten zwei Mark.

Ich schickte meinen Sohn zum Herrn Bäckermeister Sabla, Gewaldratke, zwei Semmeln holen, und gab ihm meine letzten 2 Mark mit. Der Junge kam wohl mit der Semmel, aber ohne Geld. Ich habe 4 Mark Schulden bei Herrn Sabla und bin noch nicht im Lande gewesen, sie zu bezahlen. Da hat er sich von den 2 Mark 1.90 Mark zurückbehalten. Ich habe bis zum 1. Juli ohne einen Pfennig Geld da, mit zwei kleinen Kindern. Mein Mann liegt schon 19 Wochen in der Nervenklinik, und ich bekomme zu den ganzen Monaten 40 Mark von der Wohlfahrt, das sind 9 Mark die ganze Woche, mit zwei Kindern. Nun wollte ich doch mal fragen, ob Herr Bäckermeister Sabla einem achtjährigen Kinder seine Geld zurückfordern darf oder nicht.



Nur 6 Tage

Saison-Ausverkauf

von Montag, den 28. Juni bis Sonnabend, den 3. Juli:
Jeder Preis – ein Schlager!

Einige Beispiele aus der Fülle unserer angebotenen Artikel:

Florstrumpf schwarz 8 Paar **0.95**

Florstrumpf schwarz mit verstärkter Ferse und Spitze **0.48**

Seidenflorstrumpf pa. Qualität, in mod. Farben **1.45**

Füßlinge schwarz und braun, 8 Paar **0.85**

Vigogne-Socken grau m. gew. Spitze u. Ferse, 3 Paar **0.95**

Herren-Socken einfarb., gestreift u. kariert, 0.95, 0.65 **0.45**

Schweifsocken grau **0.55**

Kinderstrümpfe 1x1 gestrickt, schwarz, steig. pro Größe um 5 Pf., Gr. 1 **0.40**

Kinderstrümpfe 1x1 gestrickt, braun, steig. pro Größe um 5 Pf., Gr. 1 **0.35**

Kindersöckchen mit Wollrand, Ia Qual., steig. pro Größe um 5 Pf., Gr. 8 **0.55**

Kinder-Strickwesten reine Wolle, 40–50 lang **1.95**

Damen-Strickwesten reine Wolle **3.75**

Berren-Strickwesten reine Wolle **1.95**

Knaben-Sweater mit lang. Arm vierreck. Ausschnitt, für 7 Jahre **0.95**

Einsatzhemden Restposten, Halsweite 68–42 **1.50**

Einsatzhemdem mit prima Rippeinsatz . Gr. 8 **1.75**

Trikot-Oberhemd m. 1 Kragen und Umschlagmanschetten **3.95**

Makohemd besonders preiswert, steigend pr. Größe um 15 Pf. Gr. 8 **1.50**

Makohose steigend pro Größe um 10 Pf. Gr. 8 **1.25**

Kinderschlüpfer farbig, stoig. pro Größe um 10 Pf. 30 cm **0.40**

Damen-Schlüpfer farbig, 65 cm lang **0.65**

Damen-Reformhose marineblau, 60 cm lang **1.95**

Turnhöschen marine, zum Anknöpfen, 35 cm lang **0.90**

Budetrikot schwarz, für Burschen, 80 cm lang **0.95**

Wuschmousseline in großer Auswahl 0.95, 0.75 **0.58**

Wuschselde moderne Karos **1.60**

Ein Rest-Miederstoffe 4 Serien (Chev., Posten, Biesenstoffe, Frotte, Crêpe maroquin.) 1.50, 1.25, 0.95 **0.75**

Linen für Bettbezüge, Deckbett breite 1.20, Kopfkissenbreite **0.68**

Inlett rosarot 80 cm **0.95**

Züchenstoffe rot # 130 cm 1.30, 80 cm **0.78**

Ein Restbesten Läuferstoffe 1.60 **1.25**

Herren-Windjacken imprägniert 14.50, 11.75 **8.50**

Lüsterlücken schwarz und marine 11.25 **7.95**

Leinenlücken Sportfasson, grau u. d. grün, f. Herr, 2.22, f. Bursch. **5.50**

Leinen-Anzüge Sportfasson, lange Hose **11.50**

Kinder-Waschanzüge blau/weiß gestreift, Gr. 0 5.75 **4.75**

Gestreifte Hosen in großer Auswahl 10.50, 7.60 **5.95**

Arbeitshosen strapazierfähige Qualitäten 7.50, 5.95 **3.50**

Breecheshosen dopp. Gest. f. helle Muster **5.75**

Sportkrügen weiß Rips und gestreift, weich 3 Stück **0.75**

Sportserviteur mit Kragen, weiß und gestreift **0.48**

Schillerkringen einfarbig und gestreift **0.68**

Oberhemd-Ersatz mit 2 Kragen **1.75**

Sporthemden blau/weiß gestreifter Zephir, 60 lang **1.60**

Männer-Oxfordhemden volle Weite, 100 lang **2.45**

Herren-Nachthemden besonders preiswert 4.95 **3.75**

Mädchen-Oxfordhemden 45 lang **0.80**

Damen-Tughemden kräftiges Hemdentuch mit Box **1.25**

Damen-Tughemden m. schw. Stickerei, gr. Auswahl 2.95/4.45 **1.95**

Zehlr-Unterröcke gute Qualitäten 2.75 **1.95**

Röcke volle Weite, strapazierfähige Stoffe 3.75 **2.95**

Damen-Windjacken Zeltbaum und Covercoat 12.50 **8.75**

Häferlschuhe Restposten für Knaben u. Mädchen 8.75 Einzelpaare f. Herr. 13.95, f. Dam. 11.25 **7.75**

Knab. u. Mädchen-Stiefel braun, prima Qual., Einzelpaare Gr. 31/36 3.55 Gr. 27/30 **8.55**

Rindleder - Sandaler braun, Restposten, Gr. 43/46 1.50, 82/12 2.25 93/24 2.25 27/30 4.30, 25/26 2.25

Schnür- und Gängeschuhe weiß Leinen, Einzelpaare Gr. 36/42 3.25 Gr. 27/29 **2.25**

Burschen-Herren-Stiefel braun, Boxkalf Einzelpaare Gr. 46 12.00, Gr. 36/40 **11.25**

Herren-Sport-Stiefel braun und schwarz 16.25 **17.50**

Damen-Sport-Stiefel braun und schwarz 17.50 **13.50**

Damen-Spangenstiefele braun u. schwarz 8.75 **7.50**

Damen-Halbschuhe braun und schwarz 8.50 **7.50**

Damen-Stiefel Boxkalf u. Rindbox, bedeut. herabgesetzt 12.50 **11.00**

Damen-Wildleder- u. Lark-Spangenstiefele 17.50, 16.75, **10.50**

Turnschuhe mit Gummisohle, Gr. 22–42 4.75, 3.50 **2.75**

Fußball-Stiefel Restposten, beste Ausführ., Größe 40 bis 45 12.50, Größe 36–39 **11.50**

Arbeitsstiefel f. Männer 11.50, f. Bursch. **8.75**

Auf sämtliche nicht herabgesetzten Artikel
10–30% Rassen-Rabatt!

Abteilung:

Konfektion
Neumarkt 12

Konsum- und Sparverein

„VORWÄRTS“

Abteilung:

Schuhwaren
Kupferschmiedest. 31

BENNO SCHENK

NEUMARKT 9

RALL

Meist
20-50% unter regulären Verkaufspreisen!

Riesenposten Beste Qualitäten Fabelhaft billig

Der Verkauf findet ohne Unterbrechung von früh 8 Uhr bis ebends 7 Uhr statt. Zahlreiches Personal und mehrere Kassen sorgen für schnelle Abfertigung.

Riesen-Posten Leinen- und Baumwollwaren

Hemdentücher

	zirka 80 cm breit
Mittelkräftiges Hemdentuch für Damen- und Herrenwäsch. Meter	0.40
Mittelkräftiges gutes Hemden-	0.65
Kräftiges Hemdentuch, besonders preiswert für Herrenwäsch. Meter	0.80
Reinforced, besonders haltbar, feine Qualität, feine dichte Ware, Meter	0.90
Wäschetuch, feinfädige, gedrungene Qualität, gern gekauft. Meter	1.05
Makotuch, feinfädige, dichte Ware für Damewäsche. Meter	1.20
Makotuch, ausgesuchte gute, feinfädige Qualität. Meter	1.35

Bettbezug-Stoffe

ide bewährte Qualitäten

	Art	Breite	90	120
Linen	mittelfest	0.74	1.30	
Linen P.	feinfäd. Gewebe	0.90	1.70	
Linen zw.	best. feinf. Qual.	1.10	1.90	
Wallis A	mittelfest	1.10	1.60	
Wallis B	feinfädig	1.40	2.50	
Damast	feinfädig	1.40	2.20	
	Blumenm. 1.40	2.20		

Selten Gelegenheit!

600 Bettwälze, gute

bestehend aus 1 Dose, Qualität,

Unvergänglich! Meter

Gebreicht. Spardeck, Gebreicht. Wäschetuch, unterschl. Patient-

verschluß

Bezug zum Knöpfen 6.75

P. Iden-Bezug 7.80

Linen-Bezug, erstklassige Q. 9.00

Patentverschluß 10.00

Wallis-Bezug, beliebte Streifen 10.00

muster zum Knöpfen 13.50

Damast-Bezug, solide Qualität, in

verschied. Mustern, zum Knöpfen 7.50

Ausverkaufs-Angebote

Wäsche - Abteilung

Damen-Hemd aus gutem Wäschetuch mit guter Stickerei und Trägern	1.60
Damen-Hemd aus pa. Wäschetuch mit Stickerei u. Bogen, Achselabschluß	2.20
Damen-Hemd, mittelfeines Wäschetuch mit reicher Passengarnitur	2.50
Damen-Hemd, feinfädig, Macapolame mit eleganter Stickerei	2.90
Damen-Hemd, pa. Wäschetuch mit reicher Stickerei Ein- und Ansatz	3.20

Ein sehr vorteilhafter Posten

Urg. Wäsche-Garnituren

zweiteilig, aus seinem Wäschebatist mit Valencienne-Einsätzen u. gesticktem Motiv.
Garn 3: Taghemd 4.50, Beinkleid 4.80
Garn 4: Taghemd 5.20, Beinkleid 5.50

Beinkleid, mittelfest, Wäschetuch mit Bogen und Börichengarnierung

Beinkleid, mittelfeines Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

Beinkleid, mittelfeines Wäschetuch mit Stickereibatist und Börichen

Unterstoffe, mittelfeines Wäschetuch mit Stickereibatist und Börichen

Unterstoffe, feinfädige Macapolame mit Stickerei Ein- und Ansatz

Unterstoffe, mittelfeines Wäschetuch mit reichen Einsätzen

Ein Posten äußerst vorteilhafter

Unterkleider

Nr. 1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung	3.50
Nr. 2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant	4.30
Nr. 3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum	5.40

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant

3. Feines Wäschetuch mit Stickerei-Volant und Hohlsaum

1. Mittelfest, Wäschetuch mit Hohlnahrtverzierung

2. Mittelfest, Hemdenl. mit breit. Stickerei-Volant